

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungsschutz

44. Sitzung
31. August 2026

Beginn: 14.01 Uhr
Schluss: 17.44 Uhr
Vorsitz: Kurt Wansner (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Vorsitzender Kurt Wansner: Wir kommen zu

Punkt 1 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0120](#)
Antifeminismus als Brückenideologie – Erkenntnisse VerfSch
zu ideologischen und personellen Verknüpfungen in
Berlin
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Der Ausschuss hat sich entschlossen, zu diesem Tagesordnungspunkt eine Anhörung durchzuführen. Daher begrüße ich als Anzuhörende ganz herzlich in alphabetischer Reihenfolge Frau Sabine Herberth, Frau Katrin Hünemörder, Herrn Andreas Kemper und Frau Rebecca Schönenbach. Zudem wurden Herr Ingo Siebert und Frau Jana Lechte von der Landeskommision Berlin gegen Gewalt geladen, weshalb ich Sie auch ganz herzlich hier in unserem Ausschuss begrüße. – Ich gehe davon aus, liebe Kollegen, dass Sie alle ein Wortprotokoll wünschen. – Jawohl.

Kommen wir nun zur Begründung des Besprechungsbedarfs durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Bitte, liebe Kollegin!

June Tomiak (GRÜNE): Vielen Dank! – Wir haben diesen Punkt heute auf die Tagesordnung gesetzt, weil wir gerne mal dezidiert über Antifeminismus sprechen möchten. Wir wissen aber auch aus verschiedenen anderen Besprechungen, dass Antifeminismus immer mal wieder in verschiedenen Kontexten und Phänomenbereichen auftaucht. Wir wollten aber jetzt einmal ganz speziell darüber sprechen, welche Brückenideologie das eigentlich darstellt, und einen Überblick über die Situation in Berlin bekommen, mit Sicherheit auch einen Blick auf das Bundesgebiet, wobei das alles Dinge sind, die miteinander wirken. Insbesondere interessiert uns die Situation hier in Berlin. Wir wollen eine Bestandsaufnahme machen und natürlich auch dezidiert wissen, was der Verfassungsschutz dazu macht und weiß, auch im Hinblick auf die neue Rechtsprechung, die die fdGO auch noch mal anders ausgelegt hat und da besonders auch auf Ungleichwertigkeitsideologien hinweist. Dementsprechend glauben wir, das ist ein guter Moment und ein guter Anlass, darüber zu sprechen. Ich bedanke mich ganz herzlich auch jetzt schon bei den Anzuhörenden, dass Sie heute hier sind und uns hoffentlich ganz viele wichtige Impulse mitgeben. Ich würde es dabei zur Einführung erst mal belassen. Wir haben ganz viele Fragen mitgebracht, und ich denke, dass sich aus den Inputs noch viele ergeben werden – aber das einmal zum Hintergrund, warum wir heute über Antifeminismus sprechen wollen.

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Frau Tomiak, für Ihre Begründung! – Möchte der Senat vorher noch eine einleitende Stellungnahme abgeben? – Bitte!

Senatorin Iris Spranger (SenInnSport): Auch von mir ein herzliches Willkommen und danke schön für die Besprechung nach § 21 Absatz 3! Auch herzlichen Dank an die Anzuhörenden! Es ist unser letzter Verfassungsschutzausschuss, insofern kann ich das nur begrüßen. Ich möchte das selbstverständlich tun, denn antifeministische und frauenfeindliche Positionen sind in unterschiedlicher Ausprägung und Intensität Bestandteil – Sie haben es eben schon gesagt – der Ideologien und Propaganda verschiedenster verfassungsfeindlicher Gruppierungen, und das trifft insbesondere auf Gruppierungen des rechtsextremistischen und des islamistischen Spektrums zu. Ich habe dazu auch schon mehrfach im Innenausschuss berichtet. Feministische Positionen und der Feminismus per se werden von rechtsextremistischen und islamistischen Gruppierungen unter Bezug auf die jeweilige Ideologie und als Teil einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft abgelehnt und diffamiert. In beiden Phänomenbereichen existieren zudem Vorstellungen, die Frauen bestimmten stereotypen Rollen zuweisen und eine Gleichberechtigung der Geschlechter ablehnen. Solche Positionen sind mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, und hier insbesondere der Menschenwürde, nicht vereinbar.

Im islamistischen und vor allem im salafistischen Spektrum wird die Gleichberechtigung der Geschlechter grundsätzlich infrage gestellt. In salafistischen Predigten, Islamunterricht und auch Büchern wird regelmäßig eine vermeintliche Höherstellung des Mannes gegenüber der Frau propagiert und mit einem bestimmten Rollenbild für Frauen verknüpft. Nach diesem salafistischen Rollenbild liegen die Hauptaufgaben von Frauen in der Geburt und Erziehung von Kindern und der Sorge um das familiäre Zuhause. Frauen sollen weder die Fähigkeiten noch das Recht haben, die gleiche Arbeit wie Männer auszuüben, und auch die soziale Interaktion von Frauen und Männern wird in der salafistischen Propaganda streng reglementiert.

Propagiert wird auch das vermeintliche Züchtigungsrecht – darüber haben wir oft gesprochen –, über das ein Mann gegenüber seiner meist Ehefrau verfügen soll, was mit einer vermeintlich notwendigen Disziplinierung und auch Erziehung von Frauen begründet wird.

Auch den Feminismus selbst thematisieren Salafisten. Der salafistische Prediger Abul Baraa veröffentlichte im vergangenen Jahr auf YouTube ein Video zu diesem Thema, in dem es unter anderem heißt – ich zitiere, verehrter Herr Vorsitzender! –:

„Der Feminismus ist nicht unbedingt eine Sache, die mit dem Islam vereinbar ist. Weil man versucht hier eine Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau herzustellen ...“

Zitat Ende. – Auch im rechtsextremistischen Spektrum dominiert unverändert ein traditionelles Frauenbild, nach dem die Rolle einer Frau in erster Linie darin besteht, durch die Geburt ethnisch-deutscher Kinder den Fortbestand des eigenen Volkes beziehungsweise der eigenen Rasse zu sichern. Feministische Positionen werden innerhalb der Szene abgelehnt und der Feminismus selbst als Ursache für eine vermeintliche Verweichlichung deutscher Männer, den Volkstod aufgrund eines Geburtenschwundes und eine generelle Verschlechterung der Geschlechtsverhältnisse verantwortlich gemacht.

Darüber hinaus werden antifeministische Positionen vor allem im Spektrum der verfassungsschutzrelevanten Neuen Rechten auch mit Verschwörungserzählungen kombiniert. Der Feminismus und die damit verbundenen Entwicklungen sind Teil des rechtsextremistischen Verschwörungsnarrativs vom sogenannten Großen Austausch, einerseits, da der Feminismus niedrigere Geburtenraten verursacht und dadurch das vermeintlich ethnisch-deutsche Volk schwächer werden würde, und andererseits, da vor allem moderne, emanzipierte Frauen migrantenfreundliche Parteien wählen und damit einen vermeintlichen Bevölkerungsaustausch fördern würden. Gleichzeitig, so die rechtsextremistische Sichtweise, würde dieser Bevölkerungsaustausch aber auch zu einer Gefahr für die Frauen selbst, da die zugezogenen Männer kulturell anders geprägt wären und Frauen grundsätzlich als minderwertig ansehen würden. Antifeminismus ist daher im rechtsextremistischen Spektrum auch eng mit rassistischen Positionen verbunden.

Sowohl für das rechtsextremistische als auch für das islamistische Spektrum gilt, dass solche frauenverachtenden und antifeministischen Positionen vor allem über soziale Medien verbreitet werden. Ziel ist es, bereits junge Menschen damit zu erreichen und solche Positionen dort zu verankern. Auch darüber haben wir bereits öfter hier und im Innenausschuss berichtet. Dabei agieren die jeweiligen Protagonisten aus dem rechtsextremistischen und auch islamistischen Spektrum bislang allerdings ohne gegenseitige Bezugnahme, sodass aktuell keine Erkenntnisse über phänomenbereichsübergreifende personelle Verknüpfungen auf der Basis antifeministischer Positionen vorliegen. Klar ist aber, dass rechtsextremistische und auch islamistische Verfassungsfeinde frauenfeindliche und antifeministische Positionen in ihre jeweilige Propaganda einbauen und dafür nutzen, unsere demokratische und pluralistische Gesellschaft zu attackieren. Frauenrechte und die Gleichberechtigung der Geschlechter werden dadurch infrage gestellt, dass Feministinnen und Frauen, die nicht dem Rollenverständnis von Islamisten und Rechtsextremisten entsprechen, als Feindbild markiert werden. – Danke schön!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Frau Senatorin, für Ihre Stellungnahme! – Dann beginnen wir nun mit den Stellungnahmen der Anzuhörenden. Danach erfolgt die Stellungnahme der Landeskommision Berlin gegen Gewalt. Danach folgt eine Runde, in der die Mitglieder dieses Ausschusses ihre Fragen stellen können. Im Anschluss daran haben Sie dann nochmals die Gelegenheit, diese Fragen zu beantworten. Wir beginnen jetzt mit der Stellungnahme der Anzuhörenden. – Bitte, Frau Herberth!

Sabine Herberth (Amadeu Antonio Stiftung): Vielen Dank für die Einladung! – Ich beginne direkt mit meinem Statement. Mein Name ist Sabine Herberth. Ich co-leite die Fachstelle Gender und Rechtsextremismus bei der Amadeu Antonio Stiftung mit einem Schwerpunkt auf Antifeminismus. Wir beschäftigen uns seit vielen Jahren mit der Frage, welche Bedeutung Geschlechterbilder, Frauenfeindlichkeit, Antifeminismus und Queerfeindlichkeit für Rechtsextremismus und andere autoritäre Mobilisierungen haben. Andreas Kemper hat in seiner aktuellen Expertise sehr detailliert herausgearbeitet, welche Akteursnetzwerke und institutionellen Verbindungen sich in Berlin identifizieren lassen. Ich möchte diese Perspektive deshalb um eine andere Frage ergänzen: Was macht Antifeminismus eigentlich zur Brückenideologie, und warum ist das für ein Verfassungsschutzausschuss relevant?

Zunächst ist mir die Abgrenzung wichtig. Nicht jede Kritik am Feminismus, nicht jede konservative Familienvorstellung und nicht jede Ablehnung von gendergerechter Sprache ist Antifeminismus. Wir sprechen von Antifeminismus, wenn sich eine ideologische und politische Gegenbewegung gegen Geschlechtergerechtigkeit, Gleichstellung und geschlechtliche beziehungsweise sexuelle Selbstbestimmung richtet und entsprechende Anliegen, Institutionen oder Personen gezielt delegitimiert oder bekämpft. Diese Unterscheidung ist wichtig, gerade wenn wir über eine sicherheitspolitische Einordnung sprechen.

Warum sprechen wir nun von einer Brückenfunktion? – Weil Geschlecht einen außergewöhnlich anschlussfähigen Mobilisierungspunkt darstellt. Unter Schlagworten wie „Genderideologie“, „Frühsexualisierung“, „Schutz unserer Kinder“ oder „traditionelle Familie“ können Akteurinnen und Akteure zusammenfinden, die in anderen politischen Fragen keineswegs dasselbe fordern. Kempers Expertise zeigt in Berlin Verbindungen zwischen christlich-fundamentalistischen, rechtslibertären, rechtskonservativen und völkisch-nationalistischen Akteursmilieus. Diese Verbindung besteht nicht immer darin, dass alle miteinander organisiert wären. Eine Brücke kann auch über gemeinsame Feindbilder, Narrative und politische Ziele entstehen. Das ist aus meiner Sicht ein ganz entscheidender Punkt. Wenn wir nur nach Mitgliedschaften, gemeinsamen Vereinen oder Veranstaltungen suchen, unterschätzen wir die Funktionsweise von Antifeminismus. Nehmen wir Queerfeindlichkeit: Für die extreme Rechte ist die Vorstellung einer angeblich natürlichen binären Geschlechterordnung eng mit der Vorstellung von Familie, Nation und Bevölkerung verbunden. Queere und Transpersonen werden deshalb nicht zufällig zum politischen Feindbild markiert. Das lässt sich inzwischen auch ganz konkret in Berlin beobachten.

Der Berliner Verfassungsschutz beschreibt seit 2024 eine neue, sehr junge und gewalttätige rechtsextreme Jugendkultur. Im aktuellen Verfassungsschutzbericht 2025 wird sie erstmals als „gewaltorientierte rechtsextremistische Netzkulturen“ geführt. Der Bericht beschreibt, dass rassistische, NS-verherrlichende und queerfeindliche Motive über Memes, Reels, Storys und andere jugendaffine Formate verbreitet werden. Die Berliner Innenverwaltung führt das Anwachsen des rechtsextremistischen Personenpotenzials auf 1 480 Personen unter anderem auf

diese Entwicklung zurück. Besonders aufschlussreich ist dabei der Zusammenhang mit CSDs. Bereits 2024 wollte eine Gruppe junger Rechtsextremer den Berliner CSD stören. Auch Berliner Akteure aus dem Umfeld neuer rechtsextremer Jugendgruppen beteiligten sich später an Gegenmobilisierungen gegen CSDs außerhalb Berlins. 2025 ermittelte die Berliner Polizei gegen mutmaßliche Mitglieder von Deutsche Jugend Voran, unter anderem wegen eines Angriffs auf Journalistinnen und Journalisten nach einer Gegendemonstration gegen den CSD in Bautzen.

Auch die aktuelle Ausschreibung des Landes Berlin zur Prävention extrem rechter Jugendgruppen beschreibt ausdrücklich, dass diese Gruppen über eine Inszenierung als maskulinistische, machtvolle und aktionsorientierte Gemeinschaft vor allem junge männliche Jugendliche ansprechen und sich unter anderem durch offene Queerfeindlichkeit auszeichnen. Das ist ein sehr konkretes Beispiel, das für eine Brückenfunktion von Antifeminismus steht. Ein zunächst kulturell erscheinender Konflikt um Geschlecht, Sexualität, Familie kann zum Zugang in ein umfassenderes rechtsextremes Weltbild werden. Auch das aktuelle zivilgesellschaftliche Lagebild Antifeminismus von Lola für Demokratie e. V. zeigt diese Überschneidungen. 2025 wurden bundesweit 640 antifeministische Vorfälle dokumentiert. Bei 361 spielte Queerfeindlichkeit eine Rolle, bei 313 extrem rechte Ideologie und bei 66 religiös begründeter Fundamentalismus, überwiegend dabei christlicher Fundamentalismus. Dabei waren Mehrfachzuordnungen möglich. Diese Zahlen sind keine repräsentative Messung der Verbreitung von Antifeminismus, sie zeigen aber sehr deutlich, welche Ideologien und Angriffsmotive in konkreten Vorfällen zusammentreffen. Fast ein Drittel der dokumentierten Fälle von 2025 fand dabei im digitalen Raum statt. In der Länderbetrachtung zeigt sich zudem ein Schwerpunkt der eingegangenen Meldungen im Raum Berlin, wobei das ausdrücklich keine Aussage über die tatsächliche regionale Prävalenz beinhaltet.

Ein zweiter Punkt ist außerdem wichtig: Antifeminismus richtet sich nicht ausschließlich gegen Einzelpersonen. 169 der 640 dokumentierten Fälle richteten sich 2025 gegen zivilgesellschaftliche Institutionen und Organisationen. Das ist der höchste Wert seit Beginn der Meldestellenarbeit. Betroffen sind unter anderem Bildungsträger, Frauenverbände, Gewaltschutzrichtungen und gleichstellungspolitische Organisationen. Unsere eigene Forschung zur kommunalen Gleichstellungsarbeit, zusammen mit der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros & Gleichstellungsstellen, zeigt die Folgen solcher Angriffe. In einer bundesweiten Befragung von 351 Gleichstellungsbeauftragten berichten 63 Prozent von mindestens einer Form antifeministischer Angriffe oder der Untergrabung ihrer Tätigkeit. Rund jede sechste Person empfand die eigene Sicherheit oder die Sicherheit ihres Teams als gefährdet. Zwischen 22 und 30 Prozent schränken aufgrund solcher Erfahrungen ihre Themen oder ihre Handlungsspielräume deutlich ein. 95 Prozent der von uns befragten Gleichstellungsbeauftragten sehen die Gleichstellungsarbeit durch antidemokratische Entwicklungen als bedroht.

Antifeminismus ist also sicherheitspolitisch nicht deshalb relevant, weil jede antifeministische Aussage extremistisch wäre; das wäre auch fachlich falsch. Relevant wird Antifeminismus dort, wo er innerhalb extremistischer und autoritärer Zusammenhänge als Mobilisierungsresource, Radikalisierungsfaktor und ideologisches Bindeglied fungiert. Demokratiepolitisch relevant wird Antifeminismus dort, wo Menschen oder Institutionen durch Einschüchterung ihre Arbeit einschränken, Veranstaltungen absagen, Themen nicht mehr bearbeiten oder sich aus der Öffentlichkeit zurückziehen. Deshalb sollten wir Antifeminismus weder pauschalisieren noch verharmlosen. Wir müssen genauer analysieren, wo Geschlechterpolitik zur Ein-

trittstür in autoritäre Weltbilder wird, wo aus Feindbildern Mobilisierung entsteht und wo Mobilisierung in konkrete Angriffe übersetzt wird. – Vielen Dank!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Frau Herberth! – Frau Katrin Hünemörder, bitte!

Katrin Hünemörder (mediale pfade.org – Verein für Medienbildung e. V.): Ich habe eine Präsentation mitgebracht.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Senatorin! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung! Mein Name ist Katrin Hünemörder. Ich bin Geschäftsführerin von mediale pfade, einem Berliner Verein für politische Medienbildung. Wir entwickeln seit acht Jahren Bildungsansätze zum Thema Prävention von Onlineradikalisierung, das heißt, wir kümmern uns um den Onlineraum und gar nicht so sehr nur um den Berliner Raum und führen Workshops und Fachkräftefortbildungen in schulischen und außerschulischen Bildungssettings durch. Im letzten Jahr haben wir zusammen mit der Universität zu Köln ein Projekt durchgeführt, das nennt sich „Unlearning Anti-Feminism on TikTok“, und in diesem Zusammenhang haben wir das Phänomen Antifeminismus auf sozialen Medien untersucht, haben eine qualitative Interviewstudie mit 16 Jugendlichen zwischen 15 und 22 Jahren dazu durchgeführt. Wir haben Workshops daraus entwickelt und diese mit Jugendlichen erprobt, wissenschaftlich begleitet. Wir haben Methoden abgeleitet und lizenziert und Handlungsempfehlungen abgeleitet, und es sind viele Materialien entstanden. Aus diesem Projekt möchte ich gerne einige Erkenntnisse hier heute mitteilen.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Befund eins: Antifeminismus wird online als Lifestyle getarnt. Die Tradwife, die Brot backt und ihr Leben als Hausfrau als „meine freie Wahl“ erzählt, der Männercoach, der Selbstoptimierung, Erfolg und Dominanz verkauft – dieser Content wird strategisch produziert und genutzt, um sich gegen feministische Errungenschaften zu richten, Geschlechtergerechtigkeit abzulehnen oder die Diversität von Lebensentwürfen und Geschlechtsidentitäten zurückzuweisen. Inhaltliche Strategien in sozialen Medien sind eine Emotionalisierung und Ästhetisierung statt Argumente vorzubringen, eine Retraditionalisierung als Selbstermächtigung darzustellen und auch gesellschaftliche Debatten zu polarisieren und zu vereinfachen, was natürlich mit dem Medium des Bewegtbilds zu tun hat.

Wir haben im Projekt gefragt, ob Jugendliche diese Strategien eigentlich erkennen und wie sie mit diesen Inhalten umgehen, und haben festgestellt, dass die Jugendlichen Videos von Männercoaches beispielsweise fast sofort als frauenfeindlich eingeordnet haben. Das war also deutlich zu erkennen. Aber bei Tradwife-Content, also Traditional-Wife-Content, Frauen, die sich als fürsorgliche Mütter und Hausfrauen in einem sehr perfekten Umfeld inszenieren, da waren die jungen Menschen eher überrascht. Diesen Content hätten sie nicht als antifeministisch wahrgenommen oder teilweise sogar positiv kommentiert. Wir haben festgestellt, dass selbst Jugendliche mit einem differenzierten Verständnis von Antifeminismus die getarnteren Varianten nicht gut erkennen. Deswegen sind diese Lifestyleformate in dieser Tarnung auch viel wirksamer als offen misogyne oder queerfeindliche Inhalte. – Sie sind anschlussfähig. Unsere Forschung hat gezeigt, dass die Tradwife-Kultur im Schwellenraum funktioniert, in-

dem eine natürliche Geschlechterordnung und ein völkisches Familienbild als Lebensentwurf über andere Lebensentwürfe gestellt werden, und dass die der Manosphere, zum Beispiel Incels oder Männercoaches, mit extrem rechten oder auch islamistischen Einstellungen korreliert, wie wir schon gehört haben. Das heißt, online ist der Weg von der Küche zum völkischen Familienbild auf TikTok aufgrund der Plattformmechanik wirklich nur ein paar Swipes lang.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die Anschlussfähigkeit von Antifeminismus entsteht also aus Inhalt und Plattformlogik. Wichtig ist, dass natürlich nicht jede Person, die ein Tradwife-Video anschaut, anschließend rechtsextrem oder islamistisch wird; das ist klar. Entscheidend ist aber etwas anderes, nämlich dass Antifeminismus eher ideologische Anschlüsse darstellt. Von der Vorstellung, Frauen und Männer sind von Natur aus verschieden, ist der Weg relativ kurz zu: Feminismus zerstört die Familie –, zu: Gender wird uns aufgezwungen – und schließlich zu umfassenderen Erzählungen über angebliche Eliten, gesellschaftlichen Verfall oder die Bedrohung einer vermeintlichen natürlichen Ordnung. Hier kommen die Plattformen dazu. Jugendliche suchen diese Ideologie häufig gar nicht aktiv, sondern sie begegnet ihnen auf der For-You-Page zwischen Unterhaltung, Beauty, Fitness und Beziehungstipps, weil sie als Lifestylecontent getarnt sind. Deswegen ist die Verbindung dieser subtilen Botschaft und der emotionalen Ästhetik und der algorithmischen Distribution politisch relevant.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Außerdem verstärken die Plattformmechanismen diese Mechanismen, die Jugendlichen sind aber in sozialen Medien häufig allein. Der TikTok-Algorithmus belohnt, was Interaktion erzeugt, das heißt, Emotionales und Polarisierendes, unabhängig vom Inhalt. Es ist also völlig egal, ob sich jemand für oder gegen einen Inhalt positioniert. Solange eine Interaktion stattfindet, wird der Content gepusht. Die Botschaft steckt nicht nur im Gesagten, sondern sie steckt in Sounds, in Hashtags, in Emojis, in Kommentaren, oft in Codes, die die Moderation umgehen. Beim sekundenschnellen Wischen bleibt überhaupt keine Zeit, um das zu entschlüsseln. Die unmoderierten Kommentarspalten lassen Frauen und queerfeindliche Positionen wie eine Mehrheitsmeinung erscheinen, weil sich eigentlich sonst niemand dagegen positioniert.

Junge Menschen sind damit häufig allein auf TikTok. Für sie ist TikTok ein zentraler Ort der politischen Meinungsbildung, das ist für uns ganz wichtig, auch wenn sie diesen Content gar nicht suchen. Wir wissen auch aus unserer Studie, dass junge Menschen Strategien haben. Sie wissen, wie man „nicht interessiert“ klickt, wie man blockiert, wie man meldet, wie man mit Freundinnen und Freunden redet, aber sie trauen sich nicht, auf der Plattform selber zu widersprechen aus Angst vor Hasskommentaren, aus Ohnmacht und weil sie wissen, dass jede Interaktion die Videos pusht. Alle Jugendlichen, mit denen wir gesprochen haben, wünschen sich ausdrücklich Bildungsangebote zu diesen Themen auch in der Schule, weil es dann alle erreicht. Wir betrachten häufig mit jungen Menschen zusammen die Videos und verlangsamen den Feed, um überhaupt in der Lage zu sein, zusammen Muster zu erkennen; das funktioniert tatsächlich relativ gut.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Welche Handlungsoptionen könnten sich daraus ergeben? – Erstens glauben wir, dass es bei Antifeminismus nicht ausreicht, sich nur offensichtlich rechtsextreme Accounts und Organisationen anzuschauen, sondern relevant sind auch Narrative, Codes und Übergänge zwischen gesellschaftlichem Mainstream und extremistischen Positionen. Antifeminismus und Queerfeindlichkeit sollten also explizit in Lagebilder und Präventionsstrategien aufgenommen werden. Prävention muss früher einsetzen. Jugendliche wünschen sich ausdrücklich Räume, in denen sie solche Inhalte gemeinsam analysieren können. Politische Medienbildung in Schule und Jugendhilfe ist deshalb keine Ergänzung zur Demokratieförderung, sondern muss dringend ein Teil davon sein. Außerdem existieren Konzepte und Bildungsmaterialien; diese sind offen lizenziert, kostenlos, erprobt. Was wir benötigen, ist ein struktureller Austausch und die Förderung des Austauschs zwischen Bildungsinstitutionen, um diesen Content zu nutzen, und natürlich eine verlässliche Förderung für die Umsetzung von Maßnahmen der Prävention von Onlineradikalisierung an Schulen.

Viertens: Die Verantwortung, um mit diesem Content umzugehen, kann nicht alleine bei den Nutzerinnen und Nutzern von Social Media liegen, indem man sagt, sie müssen medienkompetenter werden, sondern wir sollten uns zusammen – das wäre auch die Aufforderung – für Plattformregulierung einsetzen, das bedeutet, auf die Transparenz von Empfehlungsalgorithmen hinzuwirken, eine wirksame Moderation von Kommentarspalten einzufordern und, was jetzt auch passiert ist mit dem AI Act, die Kennzeichnung KI-generierter Inhalte nicht nur zu fordern, sondern auch die Umsetzung davon zu überwachen, um klarzustellen, dass das Gefahren birgt.

Das Fazit: Antifeminismus auf TikTok ist ein sehr niedrigschwelliger Einstieg in demokratiefeindliches Denken. Schließen können wir ihn möglicherweise mit gezielter politischer Medienbildung und mit Plattformregulierung. – Vielen Dank!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Frau Hünemörder, für Ihre Präsentation! – Dann kommen wir zu Herrn Andreas Kemper, auch mit einer Präsentation.

Andreas Kemper: Danke für die Einladung!

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Mein Name ist Andreas Kemper. Ich bin freischaffender Soziologe und habe eine Expertise zu Antifeminismus in Berlin gemacht. Ich hatte zuvor eine weitere Expertise gemacht. Darin ging es allgemein um Antifeminismus beziehungsweise um die Narrative des Antifeminismus. Dazu habe ich mehrere Hundert antifeministische Zitate ausgewertet, und bei diesen Zitaten, die deutlich antifeministisch waren, ließen sich einige Narrative, also einige Begrifflichkeiten, die immer wieder kommen, herauskristallisieren. Ich konnte dann aufzeigen, wie die sich mit anderen Zitaten verbunden haben, und die Menschen, die diese Zitate ausgesprochen haben, also Antifeministen, Antifeministinnen, konnte ich bestimmten ideologischen Gruppierungen zuordnen.

Dadurch hat sich ein Geflecht ergeben, das zeigt, wie sehr der Antifeminismus mit seinen Narrativen verflochten ist. Zum einen, darauf haben meine Vorrednerinnen schon hingewiesen, kann man den Antifeminismus unterteilen in einen eher männerdominierten Antifeminismus und in einen eher Tradwifes-, also eher familienorientierten Antifeminismus. Ich spreche da von Maskulismus und von Familismus. Zum anderen kann man das auch ideologisch zuordnen. Es gibt verschiedene Ideologien, die den Antifeminismus besonders vorantreiben. Das ist zum einen eine rechtsextreme Ideologie.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Die habe ich hier unten rechts gekennzeichnet, „Volkstod“ oder „Niedergang der Nation“. Das sind sehr typische antifeministisch-völkische Narrative, aber man sieht auch, dass sie verbunden sind mit den anderen Narrativen. Eher links habe ich einen Cluster gemacht: Das sind hauptsächlich religiöse Narrative. „Traditionelle Familie“ steht da im Mittelpunkt, aber auch ganz schnell wieder „Genderideologie“, was das Kernnarrativ ist, „Keimzelle der Nation“. Von da geht es dann Richtung „Dekadenz“. Das geht ineinander über.

Oben rechts ist ein Cluster, das sind eher marktradikale oder eigentumssakrale, könnte man fast sagen, Ideologien, die momentan relativ neu sind, auf dem Vormarsch sind. Dazu gehören die Tech-Oligarchen aus den Vereinigten Staaten. Peter Thiel, Antifeminist, ist vielleicht ein Begriff oder Elon Musk, aber auch in Deutschland werden die immer stärker. In Berlin ist das dann eher bei NIUS zu finden, Hayek-Gesellschaft, Apollo News, solche Gruppierungen, wo dann auch Birgit Kelle, eine der führenden Antifeministinnen, auftritt oder Gloria von Thurn und Taxis interviewt wird, die für einen Antifeminismus steht, der im sich repolitisierten Adel immer stärker wird.

Wichtige Begrifflichkeiten und wichtige Narrative, die sehr bedenklich werden, sind zum Beispiel Dekadenz. Vor allem westliche Dekadenz ist ein Begriff, der sehr viel vereint an Ideologien, die in Richtung Verfassungsfeindlichkeit gehen. Da wird die westliche Dekadenz verbunden mit der Demokratie; Demokratie ist ein Zeichen von westlicher Dekadenz. Das zeigt sich daran, dass die Familie keine Rolle mehr spielt und dass die Komplementarität der Geschlechter auch nicht mehr funktioniert. Es gibt keine richtigen Frauen mehr, die Kinder gebären, es gibt keine richtigen Männer mehr, die wehrhaft sind, und das geht ineinander über.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

In Berlin zeigt sich das dann – Ich habe da ähnliche Gruppierungen zusammengefasst. Das Braune sind eher die völkischen Gruppierungen, das COMPACT-Magazin, das ist nicht mehr in Berlin, aber war ganz nah an Berlin, ist weiter weggezogen, oder die Burschenschaft Gothia, die mit der Jungen Alternative, jetzt Generation Deutschland Berlin, verbunden ist, und dann die AfD Berlin, die zusammen eine Kampagne gemacht haben gegen die Vielfalt-Kita. Da war zum Beispiel Beatrix von Storch von der AfD persönlich anwesend. Deutsche Jugend Voran – das sind natürlich rechtsextreme Kreise, rechtsextreme Jugendliche, Neonazigruppierungen, aber es gibt auch Gruppierungen, die nicht ganz so rechtsextrem sind, aber auch, zumindest teilweise, die Ideologie teilen, wie die JUNGE FREIHEIT oder die Bibliothek des Konservatismus. Die Bibliothek des Konservatismus ist hervorgegangen – Der Spiritus Rector war Caspar von Schrenck-Notzing, der zum Beispiel mit dem Begriff der Umerzies-

hung sehr stark gearbeitet hat, was ursprünglich meinte, die Deutschen werden umerzogen von Kulturmarxisten und nach dem Zweiten Weltkrieg von den US-Amerikanerinnen. Heute meint Umerziehung eher, die heterosexuellen Menschen werden umerzogen von der Homolobby und so weiter; die wollen an die Kinder ran, Frühsexualisierung und so weiter.

Unten sind dann eher diese religiösen Gruppierungen, ich sage nicht direkt christlich, sondern erst mal religiös, weil da zum Beispiel auch Epoch Times, Falun Dafa mit dabei sind. Falun Dafa hat hier in der Oper ein Theaterstück gezeigt, chinesische Oper. Epoch Times ist aber gleichzeitig einer der größten rechtspopulistischen Internetauftritte.

Gelb sind diese eher neoliberalen Gruppierungen, wo auch liberale Männer, das geht in Richtung Männerrechtsbewegung, aktiv sind. In der Mitte ist die Zivile Koalition von Beatrix von Storch, die quasi da überall mitmischt, die die verschiedensten Gruppierungen miteinander vereint, Beatrix von Storch, Sven von Storch.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Man sieht hier im Bundestag Beatrix von Storch bei einer Tagung der AfD von der religionspolitischen Sprecherin Nicole Höchst, und in der Mitte sitzt Christian Machek. Das ist der neue Referent der religionspolitischen Sprecherin der AfD. Christian Machek ist aber gleichzeitig jemand, der den ViQo Circle mitgegründet hat. ViQo Circle steht für Vienna-Qom Circle. Das ist ein Zusammenschluss, ein Diskussionszirkel von Rechtskatholiken mit den Mullahs aus dem Iran, die zusammen, zum Beispiel zur westlichen Dekadenz – Die arbeiten dann gegen die westliche Dekadenz, wie die das nennen. Da gibt es direkte Verbindungen, nicht zum Salafismus, aber zum Schiismus.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Beatrix von Storch noch mal kurz; man sieht sie hier relativ schlecht. Oben ist sie noch eine junge Studentin. Da ist sie bei der TFP-Zentrale in Washington, noch als Herzogin von Oldenburg, und unten ist sie in der TFP-Zentrale in Brasilien. Die TFP ist die Gesellschaft zum Schutz von Tradition, Familie, Privateigentum, die zwischen 2009 und 2018 über 100 Millionen Euro nach Europa transferiert hat, um hier feministische Ansätze zu bekämpfen. Die TFP ist auch in Berlin tätig, und die TFP will das Mittelalter wiederherstellen. Das sagen die auch so deutlich, aristokratisch orientiert gegen die Demokratie, und da ist Beatrix von Storch auch aktiv. – Das wäre die Kurzfassung. Ich sollte ja nur fünf Minuten erzählen. – Danke!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Kemper, für Ihre Präsentation! – Dann kommen wir zur Stellungnahme von Frau Schönenbach. – Bitte!

Rebecca Schönenbach (Frauen für Freiheit e. V.): Vielen Dank für die Einladung! – Vielen Dank an meine Vorrednerinnen und Vorredner! Mein Name ist Rebecca Schönenbach. Ich bin die Vorsitzende von Frauen für Freiheit, leite den Verein ehrenamtlich. Das ist ein Verein, der sich gegen politische Gewalt gegen Gleichberechtigung einsetzt, also sämtliche Bestrebungen, die die Gleichberechtigung von Männern und Frauen abschaffen wollen. Ich bin freiberuflich im Bereich der Bekämpfung von der Finanzierung von Extremismus und Terrorismus zuständig und in der Funktion auch im BMI-Beraterkreis zur Islamismusprävention. Aus die-

ser Perspektive, der sicherheitspolitischen Perspektive, würde ich zunächst mit einer Definition von Antifeminismus anfangen, damit wir wissen, über welches Phänomen wir eigentlich reden. Aus meiner Perspektive würde ich es so definieren wie Hedwig Dohm, die diesen Begriff geprägt hat, als große deutsche Vordenkerin der Frauenrechte, als eine Bewegung zur Dehumanisierung von Frauen, also die Frauen das Menschsein abspricht, und politische Bewegung zur Abschaffung der Gleichberechtigung von Männern und Frauen, meistens mit dem Ziel, eine hierarchische Geschlechterordnung einzuführen.

Da gibt es verschiedene Bewegungen, die in diese Kategorien passen. Viele davon kann man in den Berichten der Landesämter für Verfassungsschutz finden und natürlich auch im Bericht des Bundesamts für Verfassungsschutz. Herr Fischer kann da natürlich Auskunft geben. Grob als Überteilung würde ich den Ausführungen der Senatorin hinzufügen, dass es hybride Bedrohungen durch staatliche Akteure gibt, die diese Phänomene nutzen. Dazu gehört Russland, dazu gehört aber auch das Regime im Iran. Ich weiß, das Russische Haus wird gleich Thema sein, deswegen überspringe ich den Punkt. Es gibt aber auch Zweigstellen beziehungsweise Stellen, die direkt mit dem Regime im Iran verbunden sind, eine vollkommene Geschlechterapartheid, die Antifeminismus als Grundsäule ihrer Ideologie beinhaltet. Dazu gehört das Iran-Haus, eine Kulturinstitution, aber auch das Al-Mustafa Institut in Berlin, das direkte Verbindungen zu den Revolutionsgarden haben soll, die auch an dem Massaker der Hamas am 7. Oktober beteiligt waren, an der Planung, die über zwei Jahre gedauert hat, einschließlich der systematischen sexuellen Gewalt. In dem Softpowerbereich könnte man Der Divan – das Arabische Kulturhaus aufführen, eine Institution von Katar, ebenfalls eine vollständige Geschlechterapartheid. Sowohl im Iran als auch in Katar sind Frauen Minderjährige, die einem männlichen Vormund unterstellt sind. Die Propaganda von Katar ist aber, anders als die russische Propaganda, etwas subtiler, wobei in diesem Haus Medienschulungen von deutschen Medien durch Al-Jazeera-Journalisten durchgeführt werden. Wenn Sie auf Al Jazeera gucken, sowohl auf die englische Version als auch auf die arabische, werden Sie regelmäßig Rechtfertigungen von sexueller Gewalt gegen jüdische oder israelische Frauen finden. Daher führe ich die auf.

Dann gibt es natürlich transnationale Bewegungen. Dazu gehören im islamistischen Bereich die Muslimbruderschaft, Salafisten, Millî Görüş, aber auch die Ahmadiyya Muslim Jamaat, die selten aufgeführt werden. Wenn Sie sich allerdings die Schriften der Ahmadiyya Muslim Jamaat angucken: Da gibt es Schriften des amtierenden Kalifen, an den die Mitglieder der Ahmadiyya durch Eid gebunden sind, die anfangen mit: „Die Freiheit der Frauen ist die Wurzel allen Übels“. – Darauf, warum ich das gerade betone, komme ich noch. – Es gibt rechts-extreme Bewegungen wie die Grauen Wölfe, eine der größten rechtsextremen Bewegungen in Deutschland, ebenfalls eindeutig gegen die Gleichberechtigung von Männern und Frauen gerichtet, die auch hier in Berlin Ableger haben, und natürlich fundamentalistische religiöse Bewegungen, wie Herr Kemper eben schon erwähnt hat, die Neo-Integralisten, die sich teilweise mit dem Rechtsextremismus überschneiden. Bei Neo-Integralisten streben eine Art Gottesstaat an; sie berufen sich unter anderem auf Chomeini. Es gibt auch in Berlin eine Organisation, die nennen sich Europa Aeterna. Deren Hauptsitz ist in Wien. Die hat aber hier in Berlin einen Stammtisch. Die formulieren nicht die Forderung nach einem Gottesstaat, aber durchaus Forderungen, die das Primat der religiösen Ordnung über die weltliche Ordnung anstreben. Die haben einen regelmäßigen Stammtisch hier. Das kann man auf deren Webseite nachsehen. Im christlichen Fundamentalismus könnte man auch noch Opus Dei erwähnen,

ebenfalls in Berlin aktiv, zum Beispiel mit Wohnheimen für Studentinnen und Studenten, streng geschlechtergetrennt, wie auch bei den Ahmadiyya Muslim Jamaat.

Dann gibt es als transnationale Bewegung die Manosphere; die wurde auch schon mehrfach erwähnt. Sie spielt sich hauptsächlich im Onlinebereich ab mit verschiedenen Phänomenen wie Incels, Pick-up-Artists, Männerrechtler und so weiter, aber nach taz-Berichten, unter anderem von 2013, gibt es auch Gruppierungen, die aus dem Onlinebereich in die reale Welt überwechseln und sich hier in Berlin regelmäßig treffen, um Frauen zu belästigen.

Dann gibt es natürlich auch den Verschwörungsbereich und unter anderem die Reichsbürger, die auch antifeministisch sind, aber eher fragmentiert, laut dem aktuellen Bericht, in Berlin. Im Phänomenbereich Linksextremismus, auch eine transnationale Bewegung, unter anderem von der PFLP, der Volksfront zur Befreiung Palästinas, gibt es Überschneidungen zu Antifeminismus, wobei die nicht die Abschaffung der Gleichberechtigung anstreben, aber sexuelle Gewalt, unter anderem der Hamas, rechtfertigen und damit nicht nur eine Brückenfunktion sind, sondern ein Türöffner von Radikalisierung.

Vielleicht, um die Zeit einigermaßen einzuhalten, ganz kurz zu dem, was das für die Berliner Politik bedeutet. Es gibt unter anderem Einflussmaßnahmen in der Berliner Politik. Einer davon ist der Trägerverein, der Dachverein, der den Islamunterricht in Berlin organisiert. Er hat Mitgliedsverbände wie die Millî Görüş, aber auch die Neuköllner Begegnungsstätte. Das heißt, man müsste mal überprüfen, ob es wirklich angezeigt ist, dass ein solcher Trägerverein den Islamunterricht in Berlin organisiert. Der theologische Beirat des Berliner Instituts für Islamische Theologie an der Humboldt-Universität enthält die IGS, das ist der Dachverband der Schiiten in Deutschland, ebenfalls direkt verbunden mit dem Regime im Iran, aber auch der Zentralrat der Muslime, der laut Verfassungsschutzquellen der Muslimbruderschaft zugeordnet wird. Die muslimische Seelsorge im Gefängnis in Berlin wird unter anderem von der DITIB geleistet, einer Einflussoperation, könnte man vorsichtig so bezeichnen, die zusammenhängt mit dem türkischen Staat unter Erdoğan, der auch in den letzten Jahren stark darauf hinarbeitet, die rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern abzuschaffen, unter anderem mit der Aufkündigung der Istanbul-Konvention.

Im Moment, im Wahlkampf, sehen Sie einige Ausprägungen dieser antifeministischen Ideologien, die sich in Praxis umsetzen, nicht nur eine Wahlkampfveranstaltung in einer Moschee, die dem Umfeld der Muslimbruderschaft zugeordnet wird. Das bedeutet nicht nur die Legitimierung von Antifeminismus, das bedeutet vor allem ein klares Signal an muslimische Frauen, dass ihre Rechte durch die Berliner Politik nicht gewahrt werden. Es gibt auch die Ankündigung, dass ein Wahllokal in der Moschee der Ahmadiyya Muslim Jamaat hier in Berlin eingerichtet wird. Das hat natürlich ebenfalls den Effekt, dass den muslimischen Frauen dieser Gemeinschaft bedeutet wird, dass ihre Rechte nicht anerkannt, sondern eventuell die religiösen Rechte darüber gestellt werden. Es macht meiner Meinung nach aber auch unter Umständen die Wahl anfechtbar, weil Aussteiger aus der Ahmadiyya Muslim Jamaat, vor allem Frauen, die sich den strikten Keuschheitsgesetzen widersetzen, in starker Lebensgefahr sind. Das heißt, sie können ihr Wahlrecht in einer solchen Moschee nicht wahrnehmen, denn sie könnten von der Moschee nach Hause verfolgt werden. Schauen Sie sich dazu die Gerichtsprotokolle von Brigitta Biehl zum sogenannten Ehrenmord an Frau Khan an, wo der amtierende Emir der Ahmadiyya gesagt hat, die Eltern müssen sich zwischen der Religion

und der Tochter entscheiden. Das ist natürlich kein direkter Befehl zum Mord, aber das zeigt die psychische Unterdrucksetzung der Eltern.

Maßnahmen würde ich kurz zum Schluss aufführen. Herr Kemper hat in seinem Gutachten die Offenlegung der Finanzierung von Vereinen erwähnt. Ich wäre sehr dafür. Das ist allerdings Bundesebene. Auf Landesebene könnten Sie über Vereinsverbote nachdenken. Das ist meiner Meinung nach vor allem beim Al-Mustafa Institut in Betracht zu ziehen. Dann natürlich Vergaberichtlinien: Es gab ja etliche Skandale in den letzten Jahren bei Vergaben an fragwürdige Initiativen, unter anderem eine Kita mit schiitischen Milieus verbunden, wo es auch eine stark antifeministische Prägung gibt. Also die Vergaberichtlinien müssen überprüft werden, vor allem die Einhaltung der Vergaberichtlinien und zwingend die Rückzahlung bei Verletzung dieser Vergaberichtlinien. Es sollte nicht infrage kommen, dass frauenfeindliche Strukturen wie islamistische Strukturen, rechtsextreme Strukturen und vor allem auch die Grauen Wölfe durch Besuche von Politikern legitimiert werden, sei es im Wahlkampf, sei es zu Iftar-Veranstaltungen, sei es zu Familienfeiern. Maßnahmen in Schulen zur Resilienz sind dringend notwendig. Das heißt, im Curriculum müsste der Mythos Jungfernhäutchen aufgeklärt werden, aber vor allem natürlich Mädchen und Jungen über ihre Rechte. Bei der Polizei – weil ich Ehrenmorde erwähnt habe, es gäbe auch sogenannte Ehrenmorde in Berlin trotz Annäherungsverbot, trotz Hilfesuch des späteren Opfers – müsste darüber nachgedacht werden – ich kann Ihnen gerne die klaren Unterscheidungskriterien zwischen Beziehungstaten, Partnergewalt und Ehrenmorden aufzählen –, wie Frauen vor sogenannter Ehrgehalt geschützt werden. – Damit würde ich erst mal schließen. Vielen Dank!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Frau Schönenbach! – Wir kommen nun zur Stellungnahme der Landeskommision Berlin gegen Gewalt. – Herr Siebert, Sie haben das Wort!

Ingo Siebert (Landeskommision Berlin gegen Gewalt): Herzlichen Dank! – Herzlichen Dank, dass wir, relativ kurzfristig allerdings, bei der letzten Sitzung des Ausschusses um eine Stellungnahme gebeten wurden! Das ehrt uns sehr. Eigentlich ist von uns Laura Ginzler eingeladen worden, die bei uns den ganzen Bereich der Extremismusprävention und Ausstiegsarbeit betreut. Ich vermute, dass das aufgrund ihrer Expertise ist. Es macht mich besonders stolz, dass sie aus unserer Geschäftsstelle eingeladen worden ist, allerdings ist sie im Urlaub, und deshalb müssen Sie sich mit Jana Lechte, meiner Kollegin aus dem Arbeitsbereich, und mit mir, Ingo Siebert, dem Leiter der Geschäftsstelle, zufriedenstellen. Ich hoffe, wir bekommen das auch hin und können ein paar Sätze aus der Sicht der Gewaltpräventionsarbeit und der Extremismusprävention zu dem Thema sagen. Das sage ich ausdrücklich, denn dafür sind wir als Landeskommision Berlin gegen Gewalt zuständig.

Wir bezeichnen uns selbst als Think-and-Do-Tank, das heißt, wir setzen uns sehr stark mit neuen Gewaltphänomenen auseinander, das ist beim Antifeminismus nicht wirklich neu, aber in der Breite und in der Qualität, wie wir sie vorfinden, glaube ich, ein Phänomen, das besonders beachtenswert ist. Wir versuchen, die vielen guten Beiträge, die es aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft gibt, die wir heute auch gehört haben – dafür noch mal herzlichen Dank! –, in die Arbeit der Gewaltprävention und auch in den politischen Raum zu übersetzen.

Ich will noch darauf hinweisen, dass sich schon am 19. Februar der Ausschuss für Integration, Frauen und Gleichstellung, Vielfalt und Antidiskriminierung mit diesem Thema beschäftigt hat, Hass auf Frauen wie Antifeminismus, männliche Gewalt in Berlin zunimmt. Das heißt,

wenn Sie am Ende in Ihren Fraktionen oder in anderen Zusammenhängen noch mal überlegen, wie wir weiter mit diesem Thema umgehen wollen, ist es vielleicht sinnvoll, die Erfahrungen und die Beiträge der Kolleginnen und Kollegen aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft von dieser Anhörung noch mit hinzuzunehmen.

Das Besondere ist, dass wir uns heute mit Antifeminismus als Brückenideologie beschäftigen wollen, und da will ich mal zusammenfassen, ohne jetzt die ganzen Definitionen, die Sie schon gehört haben, noch mal aufzuführen, was eigentlich Brückenideologie meint. Ich würde sagen, es meint zweierlei, zum einen meint es eine Brückenideologie zwischen den verschiedenen Extremismen. Mir hat mal eine Lehrerin für Erzieher erzählt, dass sie Jugendliche oder junge Menschen in ihrer Ausbildung hat, die affin sind in beide Richtungen, also Islamismus und Rechtsextremismus, und dass das ein Phänomen ist, dass es Ideologien gibt, wo die sich relativ schnell einig sind. Dazu gehört immer Antisemitismus, aber dazu gehören auch Queerfeindlichkeit und Antifeminismus. Das ist ein Ansatz, wo man phänomenübergreifend arbeiten muss. – Die zweite Brücke ist, dass es von der Frauenfeindlichkeit, von dem Antifeminismus eine Brücke in die Extremismen gibt, dass das möglicherweise, früher hätte man Einstiegsdroge gesagt, eine Einstiegsdroge ist, mit der wir uns intensiv auseinandersetzen wollen.

Es geht darum, ideologische Überschneidungen und gemeinsame Narrative, personelle Vernetzungen zwischen unterschiedlichen Milieus frühzeitig zu erkennen. Dort können antifeministische Inhalte über soziale Medien, Influencer, politische Netzwerke, Onlinecommunitys sehr schnell verbreitet werden. Deshalb verfolgen wir zunehmend einen phänomenübergreifenden Präventionsansatz. Das haben wir als Landeskommision Berlin gegen Gewalt schon in unseren Berliner Präventionstagen 2024 und 2025 getan. Ich sage noch mal bewusst, dass es Thema der Präventionsarbeit in Berlin auf breiter Ebene ist. Der 24. Berliner Präventionstag war zum Thema Geschlecht und Gewalt, und da haben wir Antifeminismus explizit am Beispiel von TikTok bearbeitet und uns damit auseinandergesetzt. In diesem wurden die Verzerrungen feministischer Narrative durch Influencerinnen, Männercoaches – ich glaube, die waren heute noch gar nicht Thema – und Männerrechtler analysiert. Begleitend dazu sind Bildungsmaterialien entstanden; das ist schon erwähnt worden. Beim Berliner Präventionstag 2025 haben wir uns noch mal intensiver mit dem Thema digitaler Raum und Gewalt auseinandergesetzt und hier insbesondere die Narrative im Kontext von Männlichkeitskrisen, Onlinehass und Desinformation behandelt.

Daraus sind nun zwei weitere Strategien für uns entstanden. Zum einen, das könnte vielleicht Frau Lechte noch intensiver darstellen, wenn es gewünscht ist, haben wir ein Modellprojekt. So funktioniert die Landeskommision, dass es aus unserer Sicht Lücken in der Präventionsarbeit gibt und dass wir dann versuchen, mit entsprechenden Modellprojekten Ansätze zu schaffen, das Thema weiter zu bearbeiten. Das heißt aber nicht, dass wir das auf alle Ewigkeit machen wollen, sondern dass wir das Thema in den Regeldiensten, aber dazu komme ich noch mal, verankern wollen. Das Projekt setzt bei den sogenannten Manospheres an und versucht, unterschiedliche Onlinemilieus, in denen insbesondere junge Männer mit antifeministischen, frauenfeindlichen und maskulistischen Narrativen angesprochen werden, in dieses Projekt mit einzubeziehen. Die Zielgruppe sind also Männer zwischen 15 und 27 Jahren, die sich möglicherweise am Anfang eines Radikalisierungsprozesses befinden. Dieser Ansatz kommt aus der kulturellen Bildung. Es ist quasi eine neue Form unserer Präventionsarbeit, dass wir Kunst und Kultur noch stärker in der Präventionsarbeit einsetzen wollen. Die Kampagne greift bewusst Ästhetiken und Rhetoriken der Manosphere auf, um die Zielgruppe überhaupt

zu erreichen. Gleichzeitig werden diesen Narrativen andere Inhalte und ein anderes Männerbild entgegengesetzt. Wie das dann alles aussieht, können Sie an verschiedenen Stellen online mitverfolgen.

Als Zweites will ich darauf hinweisen, dass die Landeskommision Berlin gegen Gewalt den Auftrag hat, eine Berliner Strategie für wehrhafte Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt im Internet zu schaffen. Da sind wir im Prozess, und da spielen aus meiner Sicht dieser antifeministische Hass und die antifeministische Hetze im Internet eine große Rolle, aber auch phänomenübergreifend. Der Blick auf Antifeminismus fügt sich zugleich in die Berliner Strategie ein. Die Strategie verfolgt das Ziel, Hass und Hetze im Internet zurückzudrängen und den digitalen Raum als sicheren Ort demokratischer Teilhabe zu stärken. Antifeminismus ist dabei allerdings kein reines Onlineproblem; das ist schon gesagt worden. Hass und Hetze, die online entstehen, können in die Berliner Kieze hineinwirken. Deswegen ist es auch Thema unserer kiezorientierten Gewaltpräventionsarbeit und bei den Präventionsräten vor Ort.

Als Schlussbemerkung der Hinweis, dass wir eine Regulierung in diesem Bereich brauchen. Es ist nicht alles, das wir hier besprechen, mit Prävention und Repression zu erledigen, sondern wir brauchen aus meiner Sicht dringend einen Diskurs darüber, wie wir bei diesen Systemen zu einer Regulierung kommen, wie wir da eine Veränderung herstellen können und wie wir möglicherweise auch eigene Netze und eigene Strukturen für die Stadt entwickeln können.

Vielleicht als Fazit: Wir müssen auch die ideologischen Brücken verstehen, die unterschiedliche Milieus und Extremismen miteinander verbinden. Aus dieser Sicht zeigt das Beispiel Antifeminismus sehr deutlich, warum eine phänomenübergreifende Perspektive notwendig ist. Antifeminismus kann eine solche Brücke sein, die als niederschwellige Einstiegsideologie in unterschiedliche extremistische Weltbilder fungieren kann. Wenn wir Radikalisierung und Gewalt frühzeitig verhindern wollen, müssen wir die antifeministischen Narrative frühzeitig erkennen, ihre Verbreitungswege und Vernetzungen verstehen, gefährdete Zielgruppen mit geeigneten Präventionsangeboten erreichen und gleichzeitig die zivilgesellschaftlichen Strukturen, die von antifeministischen Angriffen betroffen sind, schützen und stärken. – So weit unser Statement. Herzlichen Dank!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Siebert! – Frau Lechte!

Jana Lechte (Landeskommision Berlin gegen Gewalt): Herr Siebert hat für uns Stellung genommen. – Danke schön!

Vorsitzender Kurt Wansner: Klasse! – Wir kommen nun zur Aussprache. – Frau Tomiak, Sie hatten sich gemeldet!

June Tomiak (GRÜNE): Erst mal vielen Dank für die ganzen Inputs! Es war einiges, das wir gehört haben. Klar und ganz gut deutlich geworden ist einmal diese Brückenfunktion, die der Antifeminismus hat, und gleichzeitig aber auch, wie stark verbreitet das ist und in wie viele verschiedene Bereiche es reinragt. Ich habe mir noch mal die Zahlen angeguckt. Die Leipziger Autoritarismus-Studie hat zwischen 2020 und 2024 festgestellt, dass bis zu einem Viertel der Deutschen geschlossen antifeministische und sexistische Einstellungen aufweisen. Das ist natürlich noch mal ein größerer Begriff als das, worüber wir heute reden, aber ich glaube, es

gibt trotzdem noch mal einen Einblick, wie virulent dieses Thema ist. Wir hatten das Thema Antifeminismus in den Jahren seit 2016, seit ich in diesem Haus bin, immer mal wieder auch in diesem Ausschuss angefasst, sage ich mal, oder sind da immer wieder rangestoßen, aber haben uns so intensiv noch nicht damit beschäftigt, und ich glaube, es wird Zeit, und es ist gut, dass wir das heute machen. Es ist eine lange Zeit ein bisschen unter dem Radar geflogen, aber es wurde schon erwähnt: Wir hatten vor eine Weile sowohl diese Datingcoaches als auch die Pick-up-Artists, die in Berlin unterwegs sind. Das sind Themen, die immer wieder aufkommen.

Ich habe ein paar ganz konkrete Fragen. Es wurde schon angesprochen, dass sich auch christlich-fundamentalistische Ideologien teilweise mit Antifeminismus überschneiden, evangelikale Gruppen, die unterwegs sind. Da würde mich interessieren, sowohl von den Anzuhörenden als auch vom Senat, wenn es da Einblicke gibt, was man dazu sagen kann. Mir ist bekannt, dass es wohl auch Verknüpfungen gibt zwischen solchen sogenannten Christfluencern und islamistischen Internetpersönlichkeiten, dass sich teilweise an diesen Schnittstellen getroffen wird, gerade in Bezug auf Religion und religiöse Gebote Verknüpfungen dastehen und man dann gemeinsam sagen kann: Gut, wir unterscheiden uns in den Religionen, aber bei Ideologien oder bestimmten Punkten ziehen wir an einem Strang. – Falls man das in Ihrer Arbeit sehen kann, oder wenn Sie dazu Erkenntnisse haben, würde mich das sehr interessieren.

Ganz grundsätzlich natürlich die allgemeinen Fragen an den Verfassungsschutz: Welche Rolle spielt dieses Thema in Ihrer Arbeit, und wie hat sich das vielleicht auch verändert – vielleicht kann man ein bisschen eine Rückblende machen, wie sich das in den letzten Jahren entwickelt hat –, wo stehen wir heute, und wer sind die zentralen Akteure in diesem Bereich in Berlin? –, wenn man das denn so sagen kann.

Zur Scharnierfunktion wurde schon ganz viel gesagt, auch wie das in die sogenannte Mitte der Gesellschaft hineinreicht. Mich würde interessieren, welchen Herausforderungen die Zivilgesellschaft in diesem Bereich gegenübersteht. Es wurde schon gesagt, es gibt Anfeindungen, ganz klar. Ich gehe davon aus, dass auch teilweise Fördersituationen gerade ungewiss sind. Wir haben auch in diesem Ausschuss schon über die Entwicklung bei „Demokratie leben!“ gesprochen. Wenn Sie dazu etwas aus Ihrer Perspektive sagen können, würde uns das auch interessieren.

Es wurde schon dargestellt, was die Landeskommission an Projekten macht, und ich finde es gut zu hören, dass Sie auch neue Wege gehen, sich mit diesen neuen Phänomenen auseinandersetzen und gerade die jungen Männer in den Blick nehmen. Ich glaube, gerade, wenn man das gesamtgesellschaftlich betrachtet, haben wir eine ganz neue Situation, dass sich auch die Generationen – – Es war lange so, dass die Generationen so ein bisschen politische Einstellungen gemeinsam verändert haben, und jetzt sehen wir, dass es bei jüngeren Generationen so ist, dass sich in den Geschlechtern ganz stark etwas verändert und dass sich die jungen Männer anders politisch positionieren oder sehr deutlich anders politisieren als die jungen Frauen. Ich glaube, dass da ein großes Sprengpotenzial drin ist und wir uns angucken müssen, wie wir gesellschaftlich wieder zueinanderfinden.

Ich würde ganz gerne auch wissen, ob der Verfassungsschutz zu dieser sogenannten Incel-Szene in Berlin etwas sagen kann, das ist ein Bereich, der da ein bisschen angrenzt oder Teil davon ist, und wie Sie die Gefahren dieser Gruppen einschätzen und ob man dazu überhaupt

sagen kann, dass Berlin da Personen hat. Viel davon spielt sich im Internet ab, aber es würde mich interessieren, denn, das wurde schon gesagt, diese antifeministischen Motive, die sich dann überschneiden mit Antisemitismus oder auch anderen Ideologien der Ungleichheit, spielen auch bei diversen Anschlägen, die es in der Vergangenheit gab, eine Rolle, sei es Oslo, Utøya oder auch Halle. Da hat man leider auch diese Bezüge gehabt.

Dezidiert an den Berliner Verfassungsschutz gerichtet: Der niedersächsische Dienst hat Publikationen zu diesem Thema. Es gibt auch in Berlin diese Reihe mit Infomaterial zu stehenden Phänomenbereichen. Ist so etwas für Berlin geplant? Arbeiten Sie schon daran? Wäre das vielleicht mal einen Gedanken wert?

Dann auch noch ganz konkret: Das Bundesverfassungsgerichtsurteil von 2017 hat die Menschenwürde als eines der Kernprinzipien der fdGO noch mal herausgehoben und ganz explizit abgestellt auf Abstammung, Alter, Gesundheit, Fähigkeiten und auch Geschlecht. In diesem Kontext würde mich natürlich interessieren: Wie wird mit der Ideologie des Antifeminismus unter Berücksichtigung dieses Urteils umgegangen? Gab es da Veränderungen, und wie werden die konkret umgesetzt? Wie zeigt sich das? – Jetzt habe ich sehr viele Fragen gestellt und freue mich vor allem erst mal auf die Antworten gleich und bedanke mich schon jetzt.

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Frau Tomiak, für Ihre Fragen! – Herr Schrader, bitte!

Niklas Schrader (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank erst mal an die Anzuhörenden für Ihre spannenden Beiträge! Die haben gezeigt, dass es doch ein sehr breites und umfassendes Phänomen ist, das es erfordert, ressortübergreifend zu denken. Ich finde es immer gut, wenn wir hier im Ausschuss für Verfassungsschutz auch Themen auf der Tagesordnung haben, auch Anhörungen machen, die eigentlich weit über das, was sich der Verfassungsschutz anschaut, hinausgehen, und ich glaube, das müssen wir schon auch im Kopf behalten. Der Verfassungsschutz beobachtet natürlich nur innerhalb seiner gesetzlichen Vorschriften bestimmte Gruppierungen. Ich glaube aber, sehr viel von dem, was sich im Bereich des Antifeminismus abspielt, spielt sich auch, aber nicht nur in diesen Gruppierungen ab, sondern sehr weit in der Mitte der Gesellschaft, in den Bereichen, die der Verfassungsschutz zu Recht gar nicht auf dem Schirm hat. Insofern kann der Verfassungsschutz natürlich Broschüren und Publikationen zu dem Thema machen. Ich würde es auch begrüßen, wenn er sich mit dem Phänomen beschäftigt, aber man muss natürlich wissen, dass er, wenn er in seiner Rolle darüber informiert, einen ganz anderen Blick darauf hat als die Zivilgesellschaft, als die Wissenschaft, als Sie, die wir hier heute gehört haben.

Ich habe nicht mehr so viele Fragen, weil meine Kollegin Tomiak schon sehr viele kluge Fragen gestellt hat, die ich jetzt nicht wiederholen will, aber vielleicht vereinzelt noch ergänzend: Zum Thema Brückenfunktion haben Sie nun verschiedene Aspekte genannt, wie sich das ausdrückt. Ich möchte trotzdem noch mal fragen, was Sie konkret in Berlin feststellen können an Überschneidungen, an punktueller Zusammenarbeit zwischen Akteuren, von denen man es erst mal nicht vermutet, oder auch gegenseitiger Bezugnahme und Bestärkung. Ich finde es immer sehr spannend, wenn Gruppierungen oder Akteure an bestimmten Punkten gemeinsame Interessen haben und die dann auch nutzen. Vielleicht könnten Sie noch vertiefen, was Sie aus dieser Sicht für Erkenntnisse haben über konkrete Phänomene dieser Art in Berlin.

Dann hätte ich noch die Frage, im Bereich des Rechtsextremismus vor allem, welche Rolle aus Ihrer Sicht Frauen spielen. – Frau Hünemörder! Sie oder auch andere hatten das Phänomen der Tradwifes angesprochen. Das ist vor allen Dingen ein Internetphänomen. Glauben Sie, dass Frauen, die antifeministische Inhalte reproduzieren und verbreiten, noch eine andere Rolle haben, eine andere Überzeugungskraft als vielleicht Männer, wenn wir sehen, dass bei vielen Tradwife-Videos erst mal gar nicht erkannt wird, dass es antifeministischer Inhalt ist? Hat das noch eine andere Stellung und vielleicht nicht nur im digitalen, sondern auch im analogen Bereich?

Dann würde ich Sie noch ganz konkret nach Handlungsempfehlungen für das Land Berlin fragen, insbesondere im Bereich Prävention. Frau Hünemörder und Frau Schönenbach hatten dazu ein paar Punkte genannt, aber vielleicht haben die anderen auch noch Vorschläge oder Kritik an dem, was zurzeit passiert – von dem, was Herr Siebert vorgetragen hat: Würden Sie das bestätigen, bestärken, oder hätten Sie vielleicht noch andere Punkte oder Kritik? Natürlich spricht Herr Siebert für die Landeskommision. Wir haben natürlich noch andere Ressorts in Berlin, die sich damit beschäftigen. Was würden Sie von denen erwarten, und wie sollte das ineinandergreifen?

Zum Phänomen der Incels hätte ich noch die Frage zum Bereich der Prävention: Haben Sie eine Handlungsempfehlung, wie man dort am besten rankommt? Es ist ja das Phänomen der Incels, dass sie sich eher für sich, wenn überhaupt, im Internet vernetzen, und das macht Präventionsarbeit natürlich schwerer, oder auch Ausstiegsarbeit, wenn es so etwas in diesem Be-

reich überhaupt geben kann. Die Forschung ist da wahrscheinlich noch nicht so superweit, weil das Phänomen noch nicht so alt ist, aber mich würde interessieren, ob Sie dort Impulse hätten, die Sie uns mitgeben würden. – Das wäre es erst mal. Vielen Dank!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Schrader, für Ihre Fragen! – Herr Lenz, bitte!

Stephan Lenz (CDU): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Auch von der Fraktion der CDU vielen Dank an alle Anzuhörenden! In der Tat ist es ganz gut, heute im Verfassungsschutzausschuss mal darüber zu sprechen. Es ist, wenn ich mich erinnere, das erste Mal, dass wir das hier im Ausschuss tun. Für mich ist es insofern interessant, weil es anschließt an das, was ich auch in anderen fachpolitischen Bereichen gesehen habe, dass ein Stück weit, das ist schon meine erste kritische Anmerkung, diese Trennung zwischen Gesellschafts- und Sicherheitspolitik ins Schwimmen gerät. Vielleicht muss es auch so sein. Der Extremismusbegriff wird hier regelmäßig betrachtet; der ist im Wandel, was auch richtig ist. Es ist einmal die Rechtsprechung, die sich verändert; Kollegin Tomiak hat es angesprochen. Seit 2017 lesen wir alle, wir lesen nicht immer das Gleiche daraus, aber wir lesen zumindest immer alle die Texte und bewegen uns da in der Lage. Jetzt würde mich, ich weiß nicht, ob das geht, von Ihnen eine Einschätzung interessieren, inwieweit Sie meine Auffassung teilen, dass es ein gesamtgesellschaftliches Interesse daran gibt, das ist Perspektive der Sicherheitspolitik, den Begriff eng zu halten. Frau Schönenbach hat ihr Verständnis des Begriffs Antifeminismus dargelegt. Das ist kein sehr weiter Begriff, den Sie hatten. Den kann man ja viel weiter interpretieren. Ich nehme an, Sie teilen den auch nicht alle in der Enge. Mich würde interessieren, wie Sie das sehen und ob Sie verstehen, dass ich als Sicherheitspolitiker in einem freien Land ein hohes Interesse daran habe, das sehr eng zu halten, denn alle anderen Dinge mögen gesellschaftspolitisch verhandelt werden und sind nicht Aufgabe der Sicherheitsbehörden und damit hier des Verfassungsschutzes, den wir hier im Ausschuss kontrollieren. Mir ist schon klar, dass das alles ein bisschen im Schwimmen ist, wie der gesamte Extremismusbegriff auch immer wieder betrachtet werden muss, aber dazu würde mich Ihre Einschätzung mal interessieren.

Vielleicht, um das noch etwas zu konkretisieren: Ich habe kein gutes Gefühl dabei, dass der Anwendungsbereich von Artikel 1 Grundgesetz, und das hängt direkt damit zusammen, einer permanenten Weitung ausgesetzt ist. Es wird immer mehr damit argumentiert, auch in dem Bereich, den wir hier betrachten, dass bestimmte Denkweisen, bestimmte Handlungsweisen, die sich aus den Denkweisen ableiten, in Konflikt geraten mit Artikel 1, und vielleicht mal verknüpft: Sind Sie nicht auch der Auffassung, dass viele Dinge, selbst wenn man sie nicht teilt, in einem freien Land zulässig bleiben müssen? Ich mache es noch einmal konkreter: Sie haben ein Schaubild angeworfen mit verschiedenen – ich glaube, Sie waren es, Herr Kemper, in Ihrer Studie, ich habe mir nicht alles gemerkt haben, ich habe es fotografiert und werde es noch mal in Ruhe lesen – Aussagen oder Themenfeldern – das müsste man konkretisieren, will ich jetzt eine Aussage treffen, kann man das in vielerlei Weise ausfüllen –, wo vieles dabei ist, wo ich kein gutes Gefühl dabei habe, das in den Verdacht zu rücken, extremistisches Gedankengut zu sein. Oder vielleicht noch mal pointierter: Jemand, der dem traditionellen Familienbild anhängt und sagt, sein Familienbild ist, wenn Männer und Frauen sich zusammenfinden, um eine Familie zu gründen – das muss man nicht teilen, man kann auch sagen, das ist nicht mehr zeitgemäß –, muss das auf jeden Fall tun können, und zwar ohne auch nur im Entferntesten in den Verdacht zu geraten, mit Extremisten in Verbindung gebracht zu wer-

den. Ich gebe das einfach nur als offene Frage zu Ihnen, dass Sie dazu einmal Stellung nehmen mögen. Ich glaube, Sie verstehen mich schon richtig, wie ich das meine. Das wäre für mich interessant.

Bei den konkreten Fragen beschränke ich mich auf eine Sache, weil die mir in der Form neu war, und zwar die Ahmadiyya-Gemeinde, die auch in Berlin eine Moschee hat und die sehr eigen sind, ein Eigenleben haben und so weiter, aber auch aus Sicht eines Sicherheitspolitikers, zumindest aus meiner Sicht, immer zumindest friedfertig waren und auch dieses Image pflegen. Die sind auch sehr interessiert daran, mit der Politik in Kontakt zu treten. Ich glaube, Sie waren es, Frau Schönenbach, Sie haben gesagt, das Eigenleben ist, zumindest in Hinblick auf die Rolle der Frau, höchst problematisch. Ich habe es mir nicht notiert, aber Ihre Antifeminismusdefinition war die engste, und Sie würden aber sagen, dass da die Ahmadis mit reingehören. Wenn Sie dazu noch mal Ausführungen machen könnten, dass wir das heute mitnehmen können. – Danke!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Lenz, für Ihre Fragen! – Herr Mirzaie, bitte!

Ario Ebrahimpour Mirzaie (GRÜNE): Auch von meiner Seite herzlichen Dank für die Ausführungen! Ich fand es gar nicht so undurchsichtig, wie mein Vorredner es ein bisschen suggeriert hat. Ich habe schon verstanden, dass Antifeminismus eine Rekrutierungsstrategie und eine Brückenideologie darstellt, und meine, wenn ich das vergleiche mit anderen Diskussionen, die wir im Extremismusbereich führen, zum Beispiel über Nationalismus: Da gibt es auch Abstufungen, und insofern verstehe ich nicht, warum er an der Stelle Fragen aufgeworfen hat, aber Sie werden das sicherlich beantworten. Ich denke, genauso, wie jemand, der Deutschlandfähnchen bei einem WM-Spiel wedelt, kein Nationalvölkischer ist, so ist bestimmt jemand, der sagt, ich möchte gerne heiraten, Kinder haben und mit meinem Hund im Reihenhaus in der Vorstadt leben, sicherlich kein Antifeminist oder Extremist. Ich glaube, das kann man schon ganz gut voneinander abgrenzen.

Ich wollte dem Senat die Frage stellen: Wie bewertet der Senat den „Marsch für das Leben“ am 19. September? Wie ist da die sicherheitspolitische Einschätzung des Senats? Teilt der Senat ein Stück weit die Einschätzung, dass es sich dabei um einen jährlich stattfindenden rechtsextremen Aufmarsch handelt? Das sind immer so ein bisschen die Salonrechtsextremen, die Storchs, die Bibliothek des Konservatismus und so weiter, aber letztendlich haben wir es da, glaube ich, schon mit knallharten Nazinetzwerken, Rechtsextremen zu tun. Vielleicht kann man noch etwas dazu sagen, wie die Berliner Sicherheitsbehörden auf dieses jährlich stattfindende rechtsextreme Spektakel gucken. – Wir hatten in den letzten Jahren immer wieder Debatten, zum Beispiel um die Bibliothek des Konservatismus, ich habe das schon öfter gesagt, was in meinen Augen ein Etikettenschwindel ist. Die Bibliotheksleitung hat mich oftmals kritisiert, weil ich es eine „rechtsextreme Kaderschmiede“ genannt habe. Dabei bleibe ich auch und finde es schon erschreckend, wie gerade in diesen Lebensschutznetzwerken rechtsextreme Ideologien propagiert werden und wie schamlos die AfD immer wieder im Zentrum dieser Aktivitäten steht, und, wir haben es schon gesehen, die Familie von Storch schon, bevor es die AfD gab, da sehr umtriebig war. Die sitzen dann auch im Prenzlauer Berg, im Latte-macchiato-Kiez, irgendwo am Zionskirchplatz. Wie gesagt, ich finde gerade als Sprecher für Strategien gegen rechts; Ja, wir haben oft diese DJV-Leute, die dann am Rande von CSDs stehen und Leute bepöbeln, aber viel perfider, vielleicht auch nachhaltiger und ge-

fährlicher, ist gerade dieser bourgeoise Rechtsextremismus, den diese von Storchs und andere propagieren. – Vielen Dank!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Mirzaie, für Ihre Fragen! – Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. Dann kommen wir zu den Antworten, und wir würden in umgekehrter Reihenfolge verfahren. – Herr Siebert, bitte!

Ingo Siebert (Landeskommission Berlin gegen Gewalt): Mein Eindruck aus der Debatte jetzt ist: Vielleicht haben wir das Thema Antifeminismus nicht konkret genug beschrieben, was damit gemeint ist. Es geht wirklich darum, dass Frauen, zum Beispiel im Netz, gezielt angegriffen werden, dass sie, egal, ob sie sich mit Klimaschutz, der Demokratiefrage, mit vielen anderen Themen beschäftigen, gezielt angegriffen werden und dass sie in diesen Posts auch sprachlich so angegriffen werden, dass eine Vernichtung möglich ist. Das ist eine Steigerung und eine Qualität von Gewalt, von sprachlicher Gewalt in dem Fall, bei der man nicht einfach sagen kann, da geht es um unterschiedliche Meinungen darüber, wie wir zusammenleben wollen oder welches Familienbild wir haben, sondern es geht um einen ganz gezielten Angriff auf die Frau, die diese Meinung hat, und damit müssen wir uns in unserer Demokratie sehr stark auseinandersetzen.

Ein zweiter Bereich, bei dem ich echt empfehlen würde, sich noch tiefer damit zu beschäftigen, sind die sogenannten Incels, die sich auch selbst gefährden. Es gibt eine Arbeit von den Kollegen von der bundeszentralen Infrastruktur für Distanzierungs- und Ausstiegsarbeit: „Zwischen Frauenhass und Selbsthass“. Da geht es darum, dass es Gruppen, Männer in dieser Gesellschaft gibt, die ihr Alleinsein, ihre Sexlosigkeit dem aktuellen System von Feminismus und so weiter zuschreiben, sprachlich und dann auf der Straße gewalttätig werden, aber auch zum Teil Gewalt gegen sich selbst anwenden, wenn sie versuchen, ihr Gesicht zu verändern und weiß der Geier, was es noch alles gibt. Das ist ein Phänomen, das auch noch mal deutlich macht, dass wir eine andere Qualität von Frauenhass, von Antifeminismus haben, als wir das vielleicht vor 20 Jahren hatten. Da waren es vielleicht andere Formen. Ich will jetzt gar nichts sagen, was die Quantität angeht, aber ich will das noch mal deutlich machen.

Dann ist deutlich geworden, dass es ein Auseinanderdriften der Geschlechter in politischen Meinungen oder in der Akzeptanz von Demokratie und unseren Werten gibt. Das bedeutet aus meiner Sicht, und das hat die Senatorin auch deutlich gesagt, wir müssen uns stärker – – Ich selbst komme aus der Jungenarbeit. Ich wollte mich am Anfang meiner pädagogischen Karriere vor allem um Jungs kümmern und dort Ansätze entwickeln. Das ist leider so ein bisschen ins Stocken geraten, auch wissenschaftlich aus meiner Sicht und pädagogisch. Während wir zur Mädchenpädagogik massenweise Literatur zur Verfügung haben, ist das bei Jungs nicht so, und das müssen wir dringend ändern. Natürlich ist Präventionsarbeit vor allem Gesellschaftsarbeit. Es geht nämlich darum, den Zugang zur Gewalt als Lösung von Problemen abzuschneiden, zu verändern und andere Konfliktlösungsmechanismen zu etablieren. Das ist uns sehr wichtig, und deshalb ist nicht nur die Senatsverwaltung für Inneres und Sport Mitglied der Landeskommission Berlin gegen Gewalt, sondern insgesamt zehn Senatsverwaltungen, und wir arbeiten gemeinsam an dieser Frage. Der Bildungsbereich wäre der nächste Ausschuss, wo wir das Thema intensiv diskutieren sollten. Es ist natürlich ein Bildungs- und auch ein jugendpolitisches Thema, mit dem wir uns hier beschäftigen.

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Siebert, für Ihre Antworten! – Frau Schönenbach, bitte!

Rebecca Schönenbach (Frauen für Freiheit e. V.): Vielen Dank! – Ich würde einfach chronologisch durchgehen, was es mir etwas leichter macht. Sie hatten nach der Brückenfunktion zwischen den verschiedenen Phänomenbereichen gefragt. Es gibt gerade eine Neuerscheinung von Dr. Dr. Sebastian Schnelle, „Gemeinsam gegen die moderne Welt“, wo die Überlappung zwischen Rechtsextremen, unter anderem AfD, und Islamismus sehr beschrieben wird, aber auch andere Phänomenbereiche. Das ist eine Publikation, die ich empfehlen würde. Die andere ist leider noch nicht erschienen, wird aber bald erscheinen. Das ist eine Promotion von Christoph Gümmer, der sich an der Universität Leipzig mit schiitischen Netzwerken in Deutschland auseinandersetzt und dabei die verschiedenen Interviews, zum Beispiel von Mitgliedern, aber auch politischen Repräsentanten, gewählten Vertretern der AfD, unter anderem auf dem Muslimmarkt, ein bekanntes extremistisches, schiitisches Format, darstellt. Die beiden Publikationen würde ich Ihnen empfehlen. – Zum einen ist es eine Brücke zwischen Phänomenbereichen. Sie haben nach konkreten Beispielen in Berlin gefragt ist. Das sehen Sie vor allem auf antiisraelischen Demonstrationen. Der Verein democ hat eine Untersuchung zu den antiisraelischen Demonstrationen und vor allem zur Finanzierung der Flotilla gemacht. Die werden in Berlin häufig von einer türkischstämmigen Jugendorganisation organisiert, und da überschneidet sich diese Jugendorganisation, die, ich denke, Millî Görüş zugeordnet wird – das können Sie bei democ nachlesen –, mit der Hamas, aber teilweise auch mit PFLP-Milieus, also linksextremen Milieus. Teilweise gibt es leider auch Überschneidungen von der Linkspartei zu PFLP-Milieus. Da gab es gerade den Skandal mit dem Rapper, der aufgetreten ist. Das haben Sie sicher alle in der Presse gesehen. – Das zu den Überschneidungen.

Sie haben auch den Bereich Antifeminismus/Halle angesprochen. Da würde ich auch Hanau dazunehmen, das rechtsextreme terroristische Attentat in Hanau. Der Täter, der zwar nach dem Gutachten des Gerichtsgutachters eine schizophrene Störung hatte, ist zuvor aufgefallen mit einem Angriff auf eine Prostituierte. Leider hat die Polizei gegen die Prostituierte ermittelt, nicht gegen den späteren Täter. Es gibt Untersuchungen von Prevent, dem Präventionsprogramm in Großbritannien, die eindeutig zeigen, dass Gewalt gegen Frauen ein hoher signifikanter Risikofaktor ist bei späterer Gewalt von Extremisten. Also der Übertritt vom gewaltfrei auftretenden Extremismus in den gewaltanwendenden Extremismus ist ein Indikator, und zwar phänomenübergreifend, wenn die Täter bereits durch familiäre Gewalt aufgefallen sind. Das war bei dem Täter von Hanau so. Da müsste man, und das spielt auf Ihren Bereich an, tatsächlich überlegen, ob es nicht Möglichkeiten gibt, eine Risikobetrachtung zu erfüllen, wo Gewalt gegen Frauen eine Rolle spielt. Dieser Befund wird übrigens bestätigt von dem ehemaligen forensischen Psychologen der JVA Berlin, Stefan Tydecks. Der hat eine Untersuchung der verurteilten Terroristen im dschihadistischen Bereich gemacht und zwei Faktoren für die Radikalisierung bei erwachsenen islamistischen Terroristen festgestellt. Der eine ist die Ideologie, der andere ist Gewalterfahrung in der Kindheit. Das heißt, Präventionsmaßnahmen, danach haben Sie auch nachgefragt, und da würde ich mit Ihnen übereinstimmen, würden auch die Prävention von Tätern betreffen, nicht nur den Schutz der Opfer, sondern zum Beispiel wäre eine Präventionsmaßnahme – Wie Sie sagen, es gibt sehr viel im Bereich Mädchenempowerment, aber es gibt sehr wenig Hilfetelefone für Jungen und da spezifisch kulturell zugeschnittene Hilfetelefone. Das fehlt tatsächlich. Das Hilfetelefon für Frauen ist in 17 Sprachen verfügbar. Ein vergleichbares Hilfetelefon für junge Männer, die Gewalt-

erfahrung haben, fehlt, und das müsste dringend gebracht werden. Das wäre tatsächlich eine Maßnahme zur Prävention in allen extremistischen Phänomenbereichen.

Präventionsmaßnahmen bei Incels: Es gibt eine Studie des Leiters des Terrorismusbekämpfungsfondsreferats der Konrad-Adenauer-Stiftung, Felix Neumann, über Incels. Der hat darin, soweit ich mich erinnere, auch Onlinederadikalisierungsmaßnahmen aufgeführt. Wie erfolgreich die sind, ist nicht evaluiert, denn die sind zu neu. Es gab in Großbritannien eine tatsächliche Nothilfehotline für die Angehörigen, die festgestellt haben, dass sich ihr Sohn, ihr Bruder in diesem Bereich radikalisiert und bestimmte frauenfeindliche Äußerungen tätigt. Die war anscheinend zumindest erfolgreich bei Interventionen. Da gibt es aber, soweit ich weiß, auch keine Evaluation.

Begriffsdefinition Antifeminismus: Ich habe das bewusst sehr eng gefasst, nicht weil ich den Bereich Transfeindlichkeit, Queerfeindlichkeit oder andere Bereiche geringer schätze als Frauenfeindlichkeit, sondern weil ich denke, dass es verschiedene Phänomenbereiche sind und Prävention und auch Repression nur dann wirken, wenn die Bereiche sauber definiert sind und die verschiedenen Faktoren festgestellt werden. Da würde ich auf die Forschung von Prof. Karin Stögner in Passau verweisen. Sie forscht zu Antifeminismus und Antisemitismus und hat verschiedene Publikationen, wo diese Phänomenbereiche sauber auseinandergedröselt werden. Sie sieht Transfeindlichkeit als ein Diskriminierungsphänomen, das durchaus sehr gefährlich werden kann, vor allem für einzelne Trans- und Queerpersonen, aber noch nicht in den Bereich übergreift wie bei Antifeminismus und Antisemitismus, wo unterstellt wird, dass die gesamte Gesellschaft von Frauen und Juden kontrolliert wird. Das ist bei Transfeindlichkeit meistens nicht der Fall. Deswegen unterscheide ich die Phänomene, nicht um zu sagen, das eine ist wichtiger als das andere, sondern um die Bekämpfung zu ermöglichen.

Dann haben Sie nach der Ahmadiyya Muslim Jamaat gefragt. Ich kann Ihnen dazu ein Dossier zuschicken. Es gibt etliche Quellen, sowohl in ihren eigenen Schriften – die haben eine eigene Frauenorganisation –, die eindeutig belegen, dass die Ausrichtung der Ahmadiyya Muslim Jamaat – – Das ist im Prinzip eine Organisation, sehr sektenähnlich mit einem Treueeid an den Kalifen in London, strikt hierarchisch organisiert. Die Stellung der Frau in diesen Schriften widerspricht eindeutig dem Grundgesetz. Das ist nicht eine Gemeinschaft, die diese Vorstellung so sehr nach außen durchsetzt, aber sehr wohl nach innen, und langfristig eine Gesellschaftsform anstrebt, wo sie zumindest in bestimmten Bereichen diese Art von Geschlechterhierarchie leben kann. Das wurde ganz besonders deutlich bei dem sogenannten Ehrenmord – der ist in der Presse als Teppichmord bekannt – an Frau Khan, die von ihren eigenen Eltern umgebracht wurde, und wo sowohl der Emir von Deutschland als auch der Kalif in London zitiert wurden, und das ist ziemlich erschreckend, wenn man das liest. Ich weiß, die sind im gewaltfrei auftretenden Bereich meistens unterschätzt. Es gibt auch Staatsverträge in Hamburg und in Hessen mit den Ahmadiyya-Gemeinden, also Ahmadiyya Muslim Jamaat. Es gibt auch andere Ahmadiyya-Gemeinden. Aber ich denke, im antifeministischen Bereich fallen sie unter den gewaltfrei auftretenden Extremismus. Deswegen habe ich es so betont – wenn dort ein Wahllokal ist: Die Aussteiger aus der Ahmadiyya, vor allem die Frauen, werden derart stark bedroht, und das ist ein phänomenübergreifender Bereich im islamistischen Bereich, verschiedene islamistische Gruppen, bei Ehrgehalt müssen wir die Frauen teilweise außer Landes schaffen. Es nutzt nicht, wenn sie den Namen ändern. Es nutzt nicht eine Adressänderung, sondern die müssen in die Schweiz, teilweise nach England geschafft werden, um sie wirklich zu schützen. Wenn eine Aussteigerin aus der Ahmadiyya das Pech

hat, in diesem Wahllokal wählen gehen zu müssen – – Das geht nicht. Das ist wirklich viel zu gefährlich. Diese Frau wird da nicht hingehen können. Wir haben versucht, mit zwei Aussteigerinnen ein Bundestagsfrühstück zu organisieren, verdecktes Gesicht, verzerrte Stimme. Die haben sich das nicht getraut. Die sind derart in Panik. Es gibt verschiedene Berichte von Aussteigern aus dieser Organisation. Es ist eher eine sektenartige, aber dem islamischen Spektrum zugeordnete Organisation, die das Gewaltpotenzial sehr deutlich macht. Ich wäre da sehr vorsichtig. Ein Wahllokal ist meiner Meinung nach, ehrlich gesagt, in so einer Institution absurd, abgesehen von der strikten Geschlechtertrennung. Und dass die nach Silvester jedes Mal die Straße kehren und „Liebe für alle“-Plakate nach islamistischen Terroranschlägen hochhalten, ist sehr schön, aber das heißt nicht, dass die Geschlechtertrennung und die Stellung der Frau damit aufgehoben sind. Also ich würde da wirklich zur Vorsicht raten. Ich kann Ihnen das Dossier gerne zuschicken.

Der letzte Punkt war „Marsch des Lebens“. Es gibt mittlerweile, meines Wissens, eine Reform, dass die Gehsteigbelästigungen geahndet werden. Es gibt ja in diesem Umfeld „Marsch des Lebens“ fundamentalistische Gruppen, Abtreibungsgegner – dazu gibt es auch eine Studie der Europäischen Kommission –, tatsächlich Versuche, Frauen daran zu hindern, sich Beratung zu holen. Aus Berlin ist mir dazu kein Bericht bekannt, aber ich kenne Berichte aus Hessen von pro familia, wo tatsächlich Frauen aktiv am Betreten der Beratungsstelle gehindert wurden. Da kommen wir natürlich in den extremistischen, in den gewaltbewehrten Bereich. Ob das hier in Berlin auch so ist, kann ich nicht sagen, ich kenne dazu keine Berichte; die kenne ich nur aus Hessen. – Danke!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Frau Schönenbach! – Herr Kemper, bitte!

Andreas Kemper: Kann die Grafik noch mal angestellt werden, geht das?

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Ich fange mal mit dem Punkt Überschneidung Islamismus und Rechtsextremismus oder Rechtskatholizismus an. Ich habe auf Christian Machek hingewiesen, der übrigens auch der Gründer von Europa Aeterna ist, von der Organisation, von der Sie gerade gesprochen haben. Ich wusste gar nicht, dass die inzwischen auch Clubs in Berlin haben. Neben Christian Machek sitzt Prof. David Engels. Da geht es darum, den Westen infrage zu stellen und durch das christliche Abendland zu ersetzen, und das geht in Richtung Gottesstaatsideologie, und deswegen auch die Zusammenarbeit mit den Mullahs. Qom ist das geistliche Zentrum des Iran, und mit dem arbeiten die zusammen. Das ist nicht irgendein Privatclub, sondern tatsächlich das geistliche Zentrum des Irans, das auch sehr eng mit der Regierung im Iran verbunden ist. Da gibt es diese Zusammenarbeit von Christian Machek, wo Nicole Höchst gesagt hat, dass sie sich sehr lange um den Referenten Machek beworben hat, und endlich hat er zugesagt, das ist dort eine Zusammenarbeit, die ich bedenklich finde, weil die AfD inzwischen bei 40 Prozent in Sachsen-Anhalt ist, also nicht irgendwie nur auf der Straße aktiv ist, sondern tatsächlich droht da auch eine Regierungsübernahme. Das ist deswegen noch mal eine andere Qualität.

Auch noch mal wichtig: Christian Machek und Europa Aeterna beziehungsweise der ViQo Circle hat einen weiteren Mitarbeiter, das ist Edmund Waldstein. Dieser ist der Mitbegründer des Neo-Integralismus, das heißt, die wollen den Staat in eine religiöse Organisation oder in eine religiöse Kirche quasi integrieren. Das nennt sich auch Postliberalismus, weil Werte wie Demokratie abgelehnt werden, und da geht es letztlich auch darum, dass das Naturrecht gegen das Menschenrecht gestellt wird. Das ist eine wichtige Debatte. Wenn von Naturrecht gesprochen wird, klingt das ja erst mal sehr sympathisch, aber mit Naturrecht ist immer gemeint: gegen das Menschenrecht. Es gibt Sachen, die wichtiger als das Menschenrecht sind, das ist das Naturrecht, und das gibt es bei allen drei Ideologien.

[Es wird eine Folie gezeigt.]

Das gibt es sowohl bei diesem marktradikal-neoliberalen Sektor, den ich ungern liberal nenne, rechtslibertär nenne, weil das mit liberal nichts zu tun hat, weil sie sich komplett von Ideen von Weltoffenheit und Säkularismus absetzen, sondern die sagen: Das Eigentum ist Naturrecht, und von da aus leitet sich alles ab, nicht Menschenrechte, nicht Demokratie. Ähnlich ist

es beim religiösen Fundamentalismus. Auch da gibt es ein Naturrecht, das ist natürlich religiös gekoppelt. Beim völkischen Denken gibt es natürlich auch andere Rechte als Menschenrechte, da spricht Björn Höcke ja vom sogenannten Menschenrechtsextremismus, man kann es auch übertreiben mit den Menschenrechten. – Das ist wichtig, Naturrecht gegen Menschenrecht. Naturrechtslehrer in der katholischen Religion, das sind die Vorfahren von Edmund Waldstein, das sind Michael Waldstein und Wolfgang Waldstein, die schon mit Dietrich von Hildebrand im Austrofaschismus zusammengearbeitet haben. Das ist eine direkte Linie vom Austrofaschismus aus Österreich bis in heutige Zeiten, auch mit den Familien von Seifert und Lauen. Das sind Familien, die vom Austrofaschismus bis heute aktiv in einem religiösen Neo-Integralismus sind; da geht es gegen die Demokratie.

Der nächste Punkt, wenn ich das hier schon mal aufgerufen habe, mit den ganzen Narrativen: Nicht jeder, der Umerziehung sagt, ist gleich ein Antifeminist. Da will ich auch widersprechen, das geht auch gar nicht, weil, wenn man sich den Begriff Umerziehung anschaut und sich zum Beispiel – – Ich habe vorhin Caspar von Schrenck-Notzing angesprochen, der für die Gründung der Bibliothek des Konservatismus der Spiritus Rector war, die hier in Berlin ist, der sehr stark den Begriff Umerziehung nach dem Zweiten Weltkrieg geprägt hat – Charakterwäsche, die Deutschen sollen umerzogen werden –, und heute hat der Wandel stattgefunden von Umerziehung. Umerziehung bedeutet nicht mehr, die Deutschen sollen umerzogen werden, sondern Heterosexuelle sollen umerzogen werden durch eine Homolobby; da hat sich das ein bisschen gewandelt. Aber der Großvater von Caspar von Schrenck-Notzing war Albert von Schrenck-Notzing, ein Psychiater, und der hat damals die Konversionstherapie entwickelt. Er war der Erste, der die Konversionstherapie entwickelt hat. Das heißt, Schwule und Lesben müssen umerzogen werden, weil das sonst dem deutschen Volk schadet –, und da ist natürlich der Begriff Umerziehung positiv verwandt worden, und den würde ich dann natürlich negativ sehen. Da würde ich auch den Begriff Umerziehung benutzen, aber als Profeminist oder als jemand, der sich solidarisch mit den Rechten von Schwulen und Lesben erklärt, würde ich sagen: So eine Umerziehung darf es nicht geben. Schwule und Lesben dürfen nicht umerzogen werden. – Das heißt, der Begriff Umerziehung ist erst mal neutral. Es ist immer die Frage, wie man ihn verwendet. Aber der Antifeminismus zeichnet sich dadurch aus, dass nicht ein Begriff verwendet wird, sondern bei diesen ganzen Zitaten, die ich hatte, kommen die gleich in so einem Sixpack. Die kommen dann gleich mit fünf, sechs Begriffen: Wir haben eine Genderideologie. Die wollen die traditionelle Familie durch eine Frühsexualisierung zerstören. Die wollen an die Kinder ran, und dahinter steckt die Homolobby. – So wird argumentiert, und wenn man dann gleich fünf von diesen Narrativen hat, dann ist man sehr schnell auch in diesem antifeministischen Narrativ, und dann kommen auch Begriffe wie Naturrecht, gegen Menschenrechte, und auch Demokratie wird überbewertet – das geht dann ganz schnell auch in diese Richtung. So ist das zu verstehen: Es geht um den Kontext, nicht um einzelne Begriffe. Aber diese einzelnen Narrative kommen fast nie allein, sondern die befinden sich in so einem Wust von weiteren Narrativen.

Zur Definition von Antifeminismus: Ich würde den Begriff tatsächlich ein bisschen weiter sehen, denn wenn man sich den Begriff Homolobby anschaut, wie der entstanden ist, dann gibt es den tatsächlich schon sehr lange. Es gab zum Beispiel in der McCarthy-Ära den Begriff der Homintern, der war gegen die Komintern gewendet, gegen die Kommunistische Internationale. Es wurde damals gesagt: Es gibt nicht nur die Kommunistische Internationale, es gibt auch die homosexuelle Internationale, die uns bedroht. Diese Rede von dieser Homosexuellenlobby – eine weltweite Verschwörung von Homosexuellen, die den Westen angreift

oder die das amerikanische Volk angreift und so weiter – ist schon sehr alt, und sie ist aber heute noch mal stärker. Maximilian Krah spricht dann von dem Homoglobo unter dem Regenbogen und so weiter. Das heißt, da würde ich auch diese Verschwörungsideologien mit benennen.

Dann war auch noch die Rede davon, warum so viele Frauen mitmachen. Ich glaube, da muss man noch eine weitere Kategorie mit reinnehmen, also nicht nur von Geschlecht sprechen, sondern auch von Klasse, Klasse und Geschlecht, das überschneidet sich. Da sind dann auffällig viele Frauen aus bessergestellten Klassen, die mehr Geld, mehr Macht, mehr Einfluss haben; die finden sich dann sehr viel schneller auch bei antifeministischen Positionen, und da geht es dann auch um Verteilungskämpfe. Dort ist insbesondere der Adel anzusprechen. Wenn man sich die führenden Antifeministinnen anschaut, dann sind das entweder selbst Adlige, wie Gloria von Thurn und Taxis, Hedwig von Beverfoerde, Johanna von Westphalen, Beatrix von Storch hätte ich fast vergessen – – Die arbeiten alle zusammen. Ich habe ungefähr 120 Personen aus dem Adel im deutschsprachigen Raum identifiziert, die den Antifeminismus vorantreiben, vor allem den familienbezogenen Antifeminismus. Das hat dann auch mit Interessensvertretung zu tun, weil der Adel keine Reproduktionsarbeit leisten muss. Das sind noch mal anders Frauen als Frauen aus dem Proletariat oder aus ärmeren Verhältnissen. Und der Familismus spielt da eine Rolle, denn ihre Position kommt aus der Herkunft. Soziale Herkunft ist da total wichtig, und darum ist auch die Familie sehr wichtig, und dadurch ist dann so ein antifeministischer Familismus auch gegeben.

Natürlich spielt Vermögensverteilung eine Rolle. Je stärker die Vermögensverteilung, je größer die Unterschiede zwischen Vermögensverteilungen werden, desto stärker werden Männer auch in Positionen gebracht, wo sie ihre traditionelle Männlichkeit stärken: Ich muss stärker werden. Ich darf nicht nachgeben. Ich darf keine Schwäche zeigen. Ich darf nicht krank werden. – Das sind dann alles Positionen, wo sich Männlichkeit zeigt.

Zur Sicherheitspolitik und Männlichkeit oder Antifeminismus: Es gibt Mother Jones, das ist eine Gruppierung aus den Vereinigten Staaten, die seit Jahrzehnten auflistet, welche Anschläge begangen wurden. Die führen Buch über Amokläufe, über Shootings, wie sie das nennen, wenn Menschen in eine Menge reinschießen, und das sind zu 95 bis 97 Prozent Männer, die solche Attentate begehen, es sind so gut wie nie Frauen, und dadurch zeigt sich schon, wie wichtig auch das Geschlecht in Fragen von Sicherheitspolitik ist. Es gibt so gut wie keine Amokläufe, keine Shootings – – also Shootings im Sinne von in Menschenmengen reinschießen – oder von Menschen, die mit Autos in Menschenmengen reinfahren, das sind fast immer Männer. Das muss erklärt werden, das hat Ursachen, und deswegen denke ich auch, spielt Antifeminismus eine Rolle, weil es bestimmte Bilder von Männlichkeit sind, die dort weiterverbreitet werden. Also Björn Höcke will die Geschlechterkomplementarität stärker machen, bei Frauen ist es mehr Sanftmut und Hingabe, bei Männern eben mehr Wehrhaftigkeit und so weiter. Das spielt da, glaube ich, eine große Rolle. – Danke!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Kemper, für Ihre Antworten! – Frau Hünemörder, bitte!

Katrin Hünemörder (mediale pfade.org – Verein für Medienbildung e. V.): Danke! – Ich versuche aufgrund der Zeit jetzt nur noch zu ergänzen; es sind ja schon sehr viele schlaue Sachen gesagt worden. – Wir beschäftigen uns in unserer Arbeit mit Onlineradikalisierung

spezifisch, das heißt mit dem Internetphänomen, und da geht es um diesen Dreiklang: Welche Inhalte werden dort verbreitet? Von welchen Akteuren wird es strategisch verbreitet? Wie spielen da Plattformmechanismen mit rein? – Das gucken wir uns an. Weil es uns darum geht, diese Verknüpfungen anzuschauen, inkludieren wir in unserer Definition von Antifeminismus nicht nur alles, was Geschlechtergerechtigkeit oder feministische Errungenschaften ablehnt, sondern eben auch, was die Diversität von Lebensentwürfen und Geschlechteridentitäten zurückweist, weil wir beobachten, dass es im Onlineraum durch diese Plattformmechanismen sehr schnell von dieser Art von Inhalten durch die Nutzung von Sounds, von Emojis, von allen diesen Elementen, die so ein TikTok-Video hat, in andere extremistische Ideologien übergeht. Das heißt, ein Jugendlicher, der auf einer For-You-Page mit antifeministischem oder queerfeindlichem Inhalt konfrontiert ist und da möglicherweise zu lange draufschaut oder darauf interagiert, ob er oder sie es nun gut findet oder nicht, hat aufgrund der Mechanismen relativ schnell eine Chance, woanders zu landen. Das ist das, was wir uns anschauen. Deswegen definieren wir Antifeminismus auch breiter in dem Sinne.

Das ist auch das, was wir beobachten, denn es ging um die Frage der Bezugnahme: Nehmen Akteure aufeinander Bezug? – Dazu wurde jetzt schon viel sehr konkret gesagt. Was wir wahrnehmen, ist diese Verschränkung von bestimmten Elementen, die unterschiedliche Gruppen nutzen. Sie können sich also auf antifeministische Inhalte einigen, unabhängig davon, wie sie ansonsten unterwegs sind. Und weil sich bestimmte Inhalte und bestimmte Codierungen dann ähneln, heißt das eben auch für die Nutzerinnen und Nutzer, dass, wenn sie auf einem antifeministischen Video landen, das von einer völkischen Gruppe gepostet wurde, die Chance, dass man dann auch schnell in einem islamistischen Kontext landet, auch nicht so weit weg ist aufgrund dieser Plattformmechanismen. Das heißt, die Plattformmechanismen sorgen dafür, dass sich diese Inhalte oder diese Akteure teilweise aufeinander beziehen, unabhängig davon, ob das nun gewollt ist oder nicht. Das muss man dann auch mitdenken, wenn man diese Phänomene erklärt oder wenn wir mit Jugendlichen dazu arbeiten: Was passiert da auf eurer Page, warum seht ihr eigentlich, was ihr seht? – Da ist es eigentlich relativ unerheblich, ob das nun Absicht ist oder nicht.

Die Frage nach der Rolle von Frauen bei der Verbreitung von Antifeminismus ist total spannend – dazu wurde gerade schon etwas gesagt –; die ist nämlich sehr groß, weil insgesamt in Online-Spaces ganz viel über Identifikationsfiguren funktioniert, also über Influencerinnen und Influencer, Menschen, die ihr Gesicht in die Plattform oder ins Video halten, und wenn das Frauen tun, sie dann natürlich genauso ein krasses Identifikationspotenzial aufbauen können. Wenn dann Tradwifes – das ist ein Phänomen, das hauptsächlich aus den Vereinigten Staaten kam und mittlerweile auch in Europa weitergeführt wird – Frauen sind, die wirklich mit sehr ästhetischem Content dort unterwegs sind und einfach so ein Idealbild von ihrem Alltag zeichnen, der aber ganz viele Sachen ausblendet, dann hat das eine krasse Wirkung auf junge Frauen. Insofern ist dieser Identifikationscharakter von Menschen, die online unterwegs sind, total groß. Auch wieder online: Trends werden schnell verbreitet. Das hat auch wieder etwas mit Plattformmechanismen zu tun, das heißt, da gehen schnell Sachen viral.

Vierte Sache: Handlungsoptionen zum Thema Incels. Ich glaube, was wir in der Präventions- und Bildungsarbeit brauchen, ist ganz klar, positive und andere Männlichkeitsbilder zu stärken und aufzuzeigen, dass es das gibt, und das zu stärken und in Bildungskontexten auch wieder über Bildnerinnen und Bildner, die Identifikationsfiguren darstellen können, aber auch über Darstellungen, Jungs oder männlich gelesenen Jugendlichen zeigen: Ihr müsst nicht die-

sem Bild folgen, sondern könnte das auf jeden Fall auch anders leben! – Geschlechterreflektierte Bildung: Dazu wurde schon einiges gesagt. Das halte ich auch für sehr wichtig und sehe da auch ein Defizit in der Jungenarbeit.

Bei der letzten Frage ging es um die Förderung. Das ist immer ein tolles Thema. Dazu will ich nicht viel sagen, nur, dass schon die Problematik ist, insbesondere, wenn man Projektarbeit macht, dass man quasi immer von Jahr zu Jahr schauen muss, jedes Jahr neu unklar ist, ob man nächstes Jahr weitermachen kann. Wir arbeiten jetzt seit acht Jahren im Bereich Prävention von Onlineradikalisierung, bis 100 Veranstaltungen im Jahr sind von der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie finanziert. Die Anfragen kommen hauptsächlich aus Schulen. Da müsste man auch noch mal gucken, ob es noch Möglichkeiten gibt, das in Schulen mehr zu institutionalisieren. Mitarbeitende müssen sich jedes Jahr im September arbeitslos melden, weil man im Januar erst weiß, ob es weitergeht. Das ist die Realität unserer Arbeit.

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Frau Hünemörder, für Ihre Antworten! – Frau Herberth, bitte!

Sabine Herberth (Amadeu Antonio Stiftung): Danke schön! – Ich möchte mit der Definition von Antifeminismus einsteigen. Sowohl in unserer praktischen als auch in unserer forschenden Arbeit hat sich deutlich gezeigt, dass es essenziell wichtig ist, Queerfeindlichkeit und Transfeindlichkeit als Teilbereich von Antifeminismus zu verstehen. Das ergibt sich allein schon aus einem historischen Kontext, denn genauso, wie sich die feministischen Anliegen über die Jahrzehnte verändert haben, haben sich auch die Angriffsziele des Antifeminismus entsprechend verändert. Wenn wir früher über gleiche Wahlrechte für Männer und Frauen gesprochen haben, reden wir heute über körperliche, geschlechtliche und sexuelle Selbstbestimmung, über die Unterschiedlichkeit von Familienformen, über Geschlechtergerechtigkeit, Gleichstellung. Deswegen ist es wichtig, hier trans Personen und queere Personen mit einzubeziehen, weil wir auch sehen, dass sie ganz eindeutig von Antifeminismus mit betroffen sind, wenn wir uns die Gewaltzahlen und die Angriffe anschauen und wir hier auch ganz deutlich eine politische Motivation beobachten können, die diesen Angriffen zugrunde liegt.

Dann möchte ich auf die angesprochene Fördersituation eingehen. Davon sind viele feministische Organisationen aus der Zivilgesellschaft, viele Organisationen aus der politischen Bildungsarbeit stark betroffen, auch wir als Amadeu Antonio Stiftung. Bei uns ist vor allem der Bereich Antifeminismus beziehungsweise geschlechterreflektierte Rechtsextremismusprävention am stärksten betroffen. Wir wissen eigentlich noch nicht, wie es nächstes Jahr weitergehen soll. Wir haben noch gar keine zugesagte Förderung. Wir arbeiten seit vielen Jahren zu diesen Themen und wissen eigentlich nicht, wie es ab nächstem Jahr aussieht. Das ist eigentlich nur das Ergebnis von den Vorhersagen, die wir in den letzten Jahren schon getroffen haben, dass es bei den Angriffen auf die Demokratie vor allem die geschlechterbezogene Arbeit treffen wird.

Dann möchte ich darauf eingehen, welche Rolle Frauen im Rechtsextremismus spielen; dazu wurde schon sehr viel gesagt. Sie spielen eine ganz zentrale Rolle, vor allem für die Rekrutierung. Die letzten Jahre hat die AfD von der Machtergreifung vor allem der Gendergap abgehalten. Hier sehen wir, dass die Frauen jetzt deutlich nachgezogen haben und wir auch bei den Frauen viel höhere Zustimmungswerte erkennen können. Da spielt natürlich auch der digitale Raum eine wichtige Rolle. Das sind nicht nur die Tradwives, die traditionelle Familienbilder

vermitteln, sondern wir haben hier auch wirklich rechtsextreme Influencerinnen, die diese Inhalte über große Social-Media-Accounts verbreiten. Dadurch bieten sie zum einen eine Identifikationsfläche für Frauen an. Die weitere Funktion ist aber, dass sie diese Inhalte zum Teil ein bisschen weichspülen. Also wenn es von einer Frau kommt, dann klingt es häufig weniger drastisch, weniger radikal, im Kern beinhalten sie aber doch die gleiche rechtsextreme, menschenfeindliche Politik, wie sie auch bei männlichen Streamern oder Influencern zu sehen ist.

Zum Thema Prävention und zu dem, was vor allem in Berlin gegen Antifeminismus getan werden sollte: Antifeminismus sollte als feste Analyseperspektive fest in bestehende Extremismusarbeit integriert werden. Innerhalb bereits extremistischer Milieus sollte also systematischer analysiert werden, welche Rolle hier Geschlechterbilder, Misogynie, Queerfeindlichkeit und antifeministische Narrative bei der Mobilisierung und Radikalisierung spielen. Außerdem sollte eine geschlechtersensible Rechtsextremismusprävention als Standard gelten. Es hilft eben nicht, wenn wir hier und da mal ein isoliertes Genderprojekt haben. Wir haben jetzt zwei Projekte angenommen, die jeweils eine Laufzeit von vier beziehungsweise fünf Monaten haben. Das ist natürlich ein Tropfen auf den heißen Stein. Insbesondere in der Jugendhilfe, in Schulen, in der politischen Bildung, in der Polizei, bei Präventionsstellen, aber auch bei Fachkräften ist es wichtig, diese Geschlechterbrille mitzudenken. Auch die neue Berliner rechtsextreme Jugendkultur zeigt hier sehr konkret, warum das alles notwendig ist. Außerdem braucht es einen ressortübergreifenden Lageaustausch, denn Berlin hat bereits sehr viel Wissen, was das Thema angeht, aber es liegt häufig an unterschiedlichen Stellen. Wir haben den Verfassungsschutz, die Polizei, die LADS, die Berliner Register, Gleichstellungsstrukturen, queere Beratungsstellen, mobile Beratung, zivilgesellschaftliche Monitoringstellen, und diese Daten müssen einfach für Erkenntnisse hergenommen und systematisch miteinander ins Gespräch gebracht werden. Das, glaube ich, müsste noch viel stärker verfolgt werden, dass diese Akteurinnen und Akteure gemeinsam an den Tisch gebracht werden, um ein Radikalisierungspotenzial frühzeitig zu erkennen, wenn parallel digitale Hetze, lokale Mobilisierung, Drohungen und physische Angriffe zunehmen.

Es braucht verbindliche Schutzwege für angegriffene Institutionen. Eine Gleichstellungsbeauftragte beispielsweise, die angegriffen wird, oder ein zivilgesellschaftliches Projekt sollten nicht erst im Angriffsfall herausfinden müssen, welche Behörde jetzt zuständig ist oder wo sie Hilfe bekommen können. Notwendig sind hier feste Ansprechpartnerinnen, interne Eskalationsketten, standardisierte Gefährdungseinschätzungen, Zuständigkeiten für digitale Gewalt und Doxing, Kommunikationswege zwischen Träger, Verwaltung, Polizei und Beratung und Schutzkonzepte für Veranstaltungen. Außerdem ist eine institutionelle Rückendeckung wichtig, denn beispielsweise im Falle der Gleichstellungsbeauftragten sollte gelten: Wer im staatlichen Auftrag Gleichstellung umsetzt und deshalb angegriffen wird, darf anschließend nicht noch innerhalb der eigenen Institution in einen Rechtfertigungsdruck geraten. – Als letzter Punkt: Monitoring und Forschung sollten langfristig institutionalisiert werden, und besonders wichtig ist hier auch, auf die Wirkung und auf die Betroffenenperspektive zu schauen.

Dann komme ich zur letzten Frage, zum Thema der Sicherheitspolitik, die angesprochen wurde. Hier habe ich bereits die Definition, mit der wir beim Thema Antifeminismus arbeiten, erläutert. Aus unserer fachlichen Expertise plädieren wir eindeutig dafür, Antifeminismus als sicherheitspolitisches Thema zu betrachten, weil antifeministische Haltungen einen Nährboden für Gewalt gegen Frauen und queere Personen bereiten. Hier sehen wir in den letzten Jah-

ren einen drastischen Anstieg der Gewaltvorfälle, und wenn wir ein antifeministisches Klima haben, wenn sich Narrative und Deutungsmuster derart verbreiten, wie sie es aktuell tun, dann werden dieses Klima und diese Atmosphäre noch weiter befeuert, und damit geht auch eine Zunahme der Gewalt einher. Außerdem sehen wir die Mobilisierung für extremistische Spektren über das Thema Antifeminismus. Das ist ein weiterer Punkt, warum es besonders ernst genommen werden muss. Und: Was schon erwähnt wurde – aber ich will den Punkt noch mal besonders starkmachen –, Frauenhass spielt bei terroristischen Attentaten oftmals eine ganz zentrale Rolle, und es ist häufig auch eine Vorgeschichte in beispielsweise häuslicher Gewalt bei diesen Terroranschlägen zu erkennen. Deswegen muss das alles zusammengedacht werden, das kann nicht separiert werden und muss deshalb als Thema der inneren Sicherheit aufgefasst werden. – Danke schön!

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Frau Herberth, für Ihre Ausführungen! – Gibt es noch Nachfragen? – Ich sehe keine weiteren Nachfragen. Dann würde ich den Senat bitten zu antworten! – Bitte, Herr Fischer!

Michael Fischer (SenInnSport, Abt. II): Ich arbeite das mal in der gebotenen Reihenfolge ab, beginne mit Frau Tomiak, der Entwicklung des Antifeminismus, oder sagen wir mal aus der Sicht des Verfassungsschutzes: antifeministischer Positionen. Vielleicht vorwegschickend: Wir betrachten den Antifeminismus als Gegenstand von verfassungsfeindlichen Positionen immer dann, wenn neuerdings die Menschenwürde betroffen ist – das war Ihre letzte Frage –, und zwar dann, wenn das Frausein vor die Rechte als Mensch geschoben werden, also die Person nur noch über ihr Frausein definiert wird und gleichzeitig entrechtet wird, also rechtmäßig betrachtet ein Minus erhält. Das haben wir früher über den Artikel 3 Grundgesetz gelöst. Früher gehörte zum Kanon der freiheitlichen demokratischen Grundordnung auch die im Grundgesetz geregelten Menschenrechte, also auch Artikel 3, jetzt nur noch das Rechtsstaatsprinzip, das Demokratieprinzip und die Menschenwürde. Das Verfassungsgericht hat aber auch einen guten Teil des Artikel 3 mit Menschenwürdebezug versehen, und insofern können wir das jetzt über die Menschenwürde lösen. Also hat sich jetzt rein für unsere Arbeit daraus nicht viel verändert, aber der Begründungszusammenhang ist etwas anders geworden. Im Prinzip kann man auch sagen, Artikel 3 konkretisiert Menschenwürdeaspekte schon seit je, und insofern ist das gar nicht so ein großer Unterschied. – Das vorweggeschickt.

Ich will auch sagen: Nicht jedes antifeministische Thema, nicht jede antifeministische Äußerung betrachten wir sofort als eine verfassungsfeindliche Äußerung, sondern eben nur dann, wenn es mit einer Entrechtung – es muss ja eine politische Verhaltensweise sein, die wir sehen – zusammenhängt, also mit einer Ungleichbehandlung, die durch nichts gerechtfertigt ist.

Insofern sind auch antifeministische Positionen durchaus für die Beobachtung konstitutiv gewesen, immer schon, zum Beispiel was den Salafismus anging, wo Ungleichbehandlungen auch gegenüber Andersgläubigen beispielsweise eine ganz wesentliche Rolle spielten, aber auch gegenüber Frauen als Beispiel.

Die sind aber zum Teil Wesenskern derjenigen Beobachtungsobjekte, die wir uns da ansehen. Die sind Wesenskern bestimmter rechtsextremistischer Gruppierungen und Ideologien, die sind aber genauso Wesenskern salafistischer, islamistischer Ideologien. Insofern hat es da jetzt nicht eine Entwicklung gegeben, die die Lage verschlimmert hätte. Das war immer schon so. Was sich sicherlich verändert hat, ist die Aufmerksamkeit in der Gesellschaft dem Thema gegenüber einerseits, andererseits traut man sich aber auch in den einzelnen Gruppierungen, jedenfalls nach meiner Bewertung, das viel transparenter zu machen, damit zu werben. Es soll gerade damit Zuspruch erzeugt werden, dass man sagt: Wir behandeln Frauen anders. Frauen sollen anders sein. – Das wird nicht mehr verschwiegen oder irgendwie kaschiert, sondern das wird jetzt deutlicher gemacht. Wir sehen auch an der Zahl – ich glaube, Frau Hünemörder hat das gesagt – der Veröffentlichungen – bei Ihnen war es, glaube ich, TikTok –, dass das mehr wird und dass man sich nicht mehr schämt, sondern man verbreitet das, und man möchte auf die Art und Weise Zuspruch erlangen und die eigene Anhängerschaft vergrößern. – Das vielleicht dazu.

Was Incels angeht: Das ist natürlich ein Thema, das uns ständig begegnet, gerade bei der Beobachtung von rechtsextremistischen Strukturen im Internet, aber das ist nur eines von vielen. Da gibt es auch die Akzelerationisten, da gibt es die Pedo-Hunter-Szene. Alle diese Szenen haben auch Bezüge zum Rechtsextremismus, und sie bedingen sich zum Teil gegenseitig, aber ohne dass wir sagen könnten, dass alle Incels, die wir sehen, automatisch rechtsextremistisch wären. Aber, wie gesagt, es gibt so etwas wie kommunizierende Röhren, eine sich gegenseitig bedingende Entwicklung, und die stellen wir hier fest, die stellen wir aber auch bei anderen Szenen fest, die etwas mit Menschenhass zu tun haben, und da landet man relativ schnell auch beim Rechtsextremismus.

Was Publikationen angeht: Wir sind, praktisch genommen, im September; das heißt, wir machen jetzt die Planung für das nächste Jahr. Wir müssen irgendwann auch das Sonderthema für den nächsten Jahresbericht festlegen. Deshalb ist noch nichts geplant. Wir werden das jetzt diskutieren und festlegen, und dann werden Sie es auch mitbekommen. – Das waren erst mal Ihre Fragen.

Herr Mirzaie hat die Frage gestellt: Wie bewerten wir den „Marsch für das Leben“? – Das ist im Grunde genauso, wie wir es das letzte Jahr gemacht haben, Herr Mirzaie! Ich glaube, darüber haben wir hier schon mal diskutiert. Der „Marsch für das Leben“ an sich, also die Veranstaltung an sich, ist keine rein rechtsextremistische Veranstaltung, keine Veranstaltung, die per se, für sich genommen, ein Fall für den Verfassungsschutz wäre. Gleichwohl stellen wir natürlich fest, dass diese Veranstaltung ein erhebliches Interesse bei rechtsextremistischen Organisationen, Gruppierungen und Einzelpersonen hervorruft, die dann an dieser Veranstaltung teilnehmen. Insofern ist das dann etwas, an dem wir nicht vorbeikommen können. – Das vielleicht dazu.

Vorsitzender Kurt Wansner: Vielen Dank, Herr Fischer, für Ihre Ausführungen! – Dann sind wir am Schluss der Anhörung. Ich möchte Ihnen, unseren Anzuhörenden, im Namen des Ausschusses ganz herzlich danken, dass Sie sich die Zeit genommen haben, um an unserer Sitzung teilzunehmen, und uns heute mit Ihrer Expertise zur Verfügung gestanden haben. – Vielen Dank! – Da dies unsere letzte Sitzung ist, möchte ich vorschlagen, den Besprechungspunkt heute schon abzuschließen. Sind Sie damit einverstanden? – Dann schließen wir den Punkt 1 der Tagesordnung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Verfassungsschutzrelevante Aktivitäten des Russi-
schen Hauses in Berlin und Sanktionsmöglichkeiten
durch Bund und Land**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0121](#)
VerfSch

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Erkenntnisstand des Berliner Verfassungsschutzes
zur islamistischen Szene in Berlin im Nachgang zum
Anschlag vom 25. Juli 2026**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0122](#)
VerfSch

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Wie bewertet der Berliner Verfassungsschutz die
von „Hayhat“ am 27.06.2026 organisierte
Demonstration und welche Schlussfolgerungen zieht
er daraus?**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0123](#)
VerfSch

Siehe Inhaltsprotokoll und nichtöffentliche Anlage zum Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Besondere Vorkommnisse

Siehe Inhaltsprotokoll und nichtöffentliche Anlage zum Inhaltsprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Inhaltsprotokoll.